

iont, daß Bauern mit vorwiegender Viehzucht von Getreidegärten keinen Vorteil haben! Der Großgrundbesitz ist also der hauptsächlichste Nutznießer des Milliarden-gesichts, das Arbeitern und Verbrauchern abgepreßt werden soll.

Was ist aber die Antwort jener Kreise? Die „Deutsche Tageszeitung“ als führendes Blatt der Agrarier schreibt:

Das dem Reichstag zugegangene Gesetz über Zoll und Steuern bedeutet für die Landwirtschaft eine schwere und unerwartete Entlastung. Es enthält, um einstweilen nur die Hauptpunkte hervorzuheben, Lücken bedenklicher Art; zugleich aber Vollmachten für die Regierung, die namentlich im Zusammenhang mit diesen Lücken scheinbar unannehmbar sind.

Es lohnt nicht, die Lücken im einzelnen aufzuzeichnen, die den Agrariern nicht gefallen. Nur soll darauf hingewiesen werden, daß diesen Leuten selbst Milch und Butter noch zu billig sind, obwohl diese Waren weit teurer sind als vor dem Kriege! Es gibt offenbar noch zu viel Säuglinge in der Großstadt. Nichtswürdige Habgier kennzeichnet den Geist solcher „Nationalhelden“.

Nun — wir wissen wenigstens, woran wir sind. Seit den ersten Schutzollbeständen hat sich die Befinnung der Großagrarien nicht geändert. Heute wie damals streben sie im Bunde mit der industriellen Reaktion nach der Absperrung Deutschlands von der Nahrungsmittelzufuhr des Weltmarktes. Nicht eine Produktionspolitik für die Landwirtschaft, sondern eine rücksichtslose Verteuerung der Lebenshaltung ist ihr Ziel. Wir sind gespannt, in welcher Weise die Regierung die Agrar- durch Industriezölle ergänzen wird, für die sich die Agrarier ebenfalls eingesetzt haben, obwohl durch sie die Produktionsmittel der Landwirtschaft verteuert werden. Aber schon jetzt ergibt sich mit erfreulicher Klarheit die Kampfstellung und Kampfziel: Die Ritter des Profites, die sich national nennen, aber vor rücksichtsloser Belastung der breiten Massen nicht zurückschrecken, werden in der Sozialdemokratie den Gegner finden, den sie brauchen, und der alle seine Kräfte für die Befreiung der breiten Massen von dem ihnen zugeordneten ungeheuren ökonomischen Druck einsetzt.

Schwankender Kurs?

Oder: der Bürgerblock über alles!

Die allgemeine europäische Situation war noch vor kurzem für Deutschland günstiger denn je. Nun galt es, sie durch Klarheit und Offenheit zu verbessern, den Willen zur Logik, vorbehaltlosen Annahme des Sachverständigen-gutachtens deutlich zum Ausdruck zu bringen, um damit allen Gegnern der Verständigung hüben und drüben die Möglichkeit von Intrigen aus der Hand zu schlagen. Dazu war es allerdings notwendig, in schärferer Front denn je gegen die Saboteure der Erfüllungspolitik, gegen die Deutschnationalen, zu stehen und zu handeln.

Aber genau das Gegenteil ist geschehen: Unter volksparteilicher Führung haben die unwürdigen und verhängnisvollen Anbiederungsversuche der Reichsregierung an die Deutschnationalen wieder eingesetzt und sie nehmen neuerdings eine konkrete Form an: aus dem Wege über den Schutzoll soll die Zustimmung der Deutschnationalen zum Eisenbahngesetz erkaufte und der Bürgerblock der privatkapitalistischen Interessen gebildet werden.

Daß die Zustimmung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion oder eines Teiles von ihr zu den Reparationsgesetzen unehrlich sein würde, daß ihr Eintritt in die Reichsregierung in Wirklichkeit nur die Sabotage der Erfüllungspolitik und der Verständigung bedeuten und bezwecken könnte, darüber ist man sich in der ganzen Welt, einschließlich Deutschlands, ohne weiteres klar. Aber um dies noch schärfer zu dokumentieren, sind die einzelnen Ministerpräsidenten der-

jenigen deutschen Länder, in denen der Bürgerblock herrscht, nacheinander auf den Plan getreten, um auf Kosten, sowohl des Ansehens der Reichsregierung, wie auch des Ansehens Deutschlands überhaupt, ein Possenspiel übelster Art aufzuführen.

Bekanntlich hatte die Reichsregierung als Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz zunächst offiziell erklärt, sämtliche Ländervertreter, mit Ausnahme jener mecklenburgischen Strohputze der Deutschvölkischen, v. Brandenstein, hätten sich mit der Haltung der Reichsregierung in der Frage des Sachverständigen-gutachtens solidarisch erklärt. Unter dem Druck der Deutschvölkischen und Deutschnationalen bröckelt aber diese schöne Einheitsfront jeden Tag ein bißchen mehr ab. Die Vobsprüche, die die deutschvölkische „Mecklenburgische Warte“ Herrn v. Brandenstein für sein „mannhaftes“ Auftreten zu spenden geruhte, ließen andere Bürgerblockminister um so weniger schlafen, als sie statt dessen mit deutschvölkischen und deutschnationalen Anfragen und Drohungen überschüttet wurden. Zunächst war es der bayerische Held, der seine Zustimmung offiziell durch allerlei gewundene Redensarten und Vorbehalte kommentieren ließ. Die Reichsregierung ließ es geschehen. Dadurch ermutigt trat der — ach so deutschblütige — Bazille einen stuchartigen Rückzug an. Die Reichsregierung ließ sich un widersprochenen Lügen straflos. Warum sollte da der thüringische Leutheuser bescheidener sein? Auch er „berichtigte“ die Meldung der Reichsregierung.

Nachdem nun die prominenten Ländervertreter des Bürgerblocks mit diesem schönen Beispiel vorangegangen waren, fing nun auf einmal auch die Reichsregierung an, Vorbehalte zu machen. Wir meinen dabei nicht jene mysteriöse Meldung, die die Telegraphen-Union gestern mittag verbreitete über die angebliche Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Sachverständigen-gutachten, einer Meldung, die den Anschein erwecken sollte, als stamme sie direkt aus der Reichskanzlei. Offiziell und öffentlich ist ein Abrücken der Reichskanzlei von dieser Meldung nicht erfolgt, obwohl aller Anlaß dazu vorhanden wäre: denn diese angeblichen Richtlinien der Reichsregierung haben eine verurteilende Ähnlichkeit mit den Richtlinien der Deutschnationalen.

Ermuntern zu diesem gefährlichen Manöver wurde die Telegraphen-Union offenbar durch die in Frankfurt a. M. jüngst zutage getretene Rechtschwenkung der Deutschen Volkspartei und vor allem durch die Entwicklung der letzten Tage, die deutlich genug das Werden des Bürgerblocks erkennen läßt.

Am bedenklichsten erscheint uns aber auf diesem Gebiete das, was zu gleicher Stunde sowohl in der volksparteilichen „Zeit“ geschrieben wie auch vom Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einer Rede in Elberfeld gestern nachmittag gesagt wurde. Sowohl die „Zeit“ wie Dr. Stresemann stellen unter anderen Vorbehalten auch Zusicherung der militärischen Räumung des Ruhrgebietes zu bestimmten Fristen als eine Vorbedingung für die Annahme der Sachverständigen-gesetze durch den Reichstag auf. Das bedeutet eine ganz überflüssige, lediglich durch die ewigen verhängnisvollen innerpolitischen Rücksichten verursachte außenpolitische Belastung. Die Reichsregierung weiß ganz genau:

1. daß die militärische Ruhräumung kein ausdrücklicher Bestandteil des Sachverständigen-gutachtens ist,
2. daß es dennoch dem klaren und festen Willen MacDonalds und Herriots entspricht, die Ruhr auch militärisch freizugeben und
3. daß man mit solchen Vorbehalten und Forderungen, besonders angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten unter den Alliierten die Erreichung dieses Zieles nur erschwert, wenn man immer wieder in solcher Weise ultimativen Form davon spricht.

Obwohl die Regierung das alles ganz genau weiß, begeht sie diesen Fehler und läßt sie sich immer mehr auf das

Niveau der Bazille, Held und Leutheuser herunterzerren. Und warum? Weil die Parole der deutschen bürgerlichen Parteien nicht mehr lautet: „Deutschland, Deutschland über alles“, sondern „Der Bürgerblock über alles!“

Stresemanns Rede in Elberfeld.

Auf der Jahrestagung des Eisen- und Stahl-Industriebundes (Van-Kerckhoff-Gruppe) in Elberfeld hielt Dr. Stresemann eine Rede, in der er zunächst die Schwierigkeiten der deutschen Industrie und die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung für die Ausführung des Dawes-Planes besprach. Er unternahm dabei einen kaum verhüllten Angriff auf den Achttundentag, indem er den „Wegfall der wirtschaftlichen Hemmungen im Innern“ forderte. Sodann führte er, laut WTB-Bericht, folgendes aus:

Die Staatsmänner Englands und Frankreichs sind in Paris zusammengekommen und haben sich bemüht, eine Konstruktion zu finden, die das Sachverständigen-gutachten nicht als außerhalb des Vertrages von Versailles stehend erscheinen läßt. Ohne zu diesen Beschlüssen gegenwärtig Stellung zu nehmen, muß doch festgestellt werden, daß die Einschränkung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität durch das Sachverständigen-gutachten über die Bedingungen hinausgeht, zu denen wir nach dem Vertrage von Versailles verpflichtet sind. Man kann uns deshalb diese Bedingungen nicht aufzwingen. Die Entscheidung unterliegt letzten Endes der Beschlussfassung des deutschen Reichstags. Für diese Beschlussfassung wird entscheidend sein, ob der Vertrag von Versailles, auf dessen formeller Durchführung in bezug auf die Kompetenzen der Reparationskommission von der Gegenseite so entscheidender Wert gelegt wird, auch darin wiederhergestellt wird, daß für Deutschland diejenige Grenze (soll wohl heißen Oskulationsgrenze. Red. d. „Z.“) gilt, die es nach dem Vertrage von Versailles hat, und Sicherheit dafür geschaffen werden muß, daß alle darüber hinausgehenden Befehle im Zusammenhang mit der Durchführung des Sachverständigen-gutachtens aufgehoben werden.

Die Deutschnationalen in Erwartung.

Die Initiative zu Bürgerblockverhandlungen.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende parteioffizielle Erklärung der Deutschnationalen:

Zu dem Gerücht über neuerliche Verhandlungen wegen des Eintritts der Deutschnationalen Volkspartei in die Reichsregierung wird der Telegraphen-Union von deutschnationaler Seite mitgeteilt, daß die Meldung den Tatsachen nicht entspricht. Wir sind von möglicher deutschnationaler Seite ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt, daß niemand zu diesem Zweck an die Deutschnationalen Volkspartei herantreten ist.

Während die sachlichen Grundlagen für einen kommenden Bürgerblock auf der rechten der Regierungsparteien und auf der linken der Deutschnationalen immer schärfer herausgearbeitet werden, schieben sich Volkspartei und Deutschnationalen gegenseitig die Initiative für kommende direkte Verhandlungen zu.

Die Durchsicherung des Reichstags.

Der Versteherat billigt die Haltung des Reichstagspräsidenten.

Der Versteherat des Reichstags beschäftigte sich gestern nachmittag in fast beschlüssiger Sitzung mit der Beschwerde der kommunistischen Fraktion über die polizeiliche Durchsicherung der Schranke der kommunistischen Abgeordneten im Reichstag am 4. Juli. Die Beschwerde wurde insbesondere in langen Ausführungen von dem Abg. Kay begründet. Von den übrigen Parteien wurde das Verfahren des Reichstagspräsidenten, der seine Zustimmung dazu gegeben hatte, gebilligt, nur machten die Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion gewisse Vorbehalte in der Richtung, daß das Verfahren bei Wiederholung solcher Fälle grundsätzlich geregelt werden müsse. Abgestimmt über die Angelegenheit wurde nicht, wie überhaupt Abstimmungen im Versteherat nicht üblich sind. Die Beschwerde der Kommunisten wird auch in einer der nächsten Plenarsitzungen des Reichstags zur

Friedhof der Gestrandeten.

Von Erich R. Schmidt.

Auf dem Hügel neben der Mühle, gerade inmitten der Nordseeinsel, liegt dieser kleine Friedhof, ein Zaun umhegt keine melancholische Stille, Falter überfliegen ihn, und der steife Südwest weht tagaus tagein — mag auch die Sonne noch so brennen.

Die Mühlenflügel stehen still, trotzdem der Sturm an ihnen zerrt, kein Mensch ist ringsum sichtbar, fern liegen im Norden und im Süden, die kleinen Ortschaften der Insel, und hinter dem schtblauen Wattenmoor schwanken ein paar winzige Eilande: die Halligen.

Auf der anderen Seite jedoch, gegen Westen gerichtet, grüßt über Dünenhügel hinweg, ein schmaler blauer Streif: die offene See. Ein feinerer Streif, amethystfarben, scheint die fernen Konturen der Insel heute sanft zu begleiten — doch alle, die hier aufgereicht in der Tiefe liegen, wissen, daß dieser blaue Trug sich in gewitterigen Nächten zu schwarzgrünen Wellenbergen wärmt, vom Sturm haushoch emporgejagt, daß die Wüste herabwärts trachten und irre Schreie im Losen der Natur wie Visselhaute ungehört verrinnen. Sie sehen die nahe Küste, vom Licht der Leuchttürme rundum erhellt, sie sehen manchmal selbst ein paar winzige schlafende Fischerhäuser fernüber dem Wellenrausch getroffen, doch ihre Boote, darin sie noch hoffnungslos das sinkende Braut verließen, wurden von donnernden Böen hochgeworfen und abwärts gerissen, von Wellenungeheuren im Angesicht der rettenden Küste begraben. Am Morgen erst, von ruhiger Dünung getragen, treiben sie heran: Mann und Boot, und schief ragt ein Bug aus dem sanft blauen Meer.

Mitten auf der Insel vielleicht auf einem alten Hümngrab, liegt der Friedhof der Namenlosen. Hier fanden Ruhe all jene Meerfahrer, die das Schicksal in die Tiefe riß. Die Gräber sind gepflegt, fremde Hände pflanzten Blumen zu Häupten der Toten, meistens Bergheimeinicht, und zu ihren Füßen steckt ein Holzstiel, das nicht einhüllt als den Tag ihrer Bestattung. Man kennt ihre Namen nicht, niemand weiß, ob Jünglinge oder Greise in der Erde ruhen; es kommen keine Verwandten, keine Mutter kommt, um hier zu weinen oder zu beten. Nur die Fischerfrauen bringen zuweilen Blumen, und gefühlvolle Sommergäste legen Sträuße, die bald verwelken, an den melancholischen Grabhügeln nieder.

Am häufigsten stehen auf den Holzstelen die Spätherbst- und die Vorfrühlingsstöße als Daten der Bestattung angegeben, die Zeiten großer vernichtender Stürme. Dann weisen keine Bodengäste auf dem Strand, die Friesen allein, in hundert Stürmen gehärtet, führen, abgeschlossen von aller Welt, ihr hartes unsentimentales Leben. Und der blaue Sommerwind, der heute, strohgefärbt über Insel und Nordsee weht, weiß nichts von ihren bösen Brüdern, die in den anderen Jahreszeiten ihr grimmes Werk verrichten. Er grüßt mit

sanftem Tremolo die unbekanntenen Toten in der Tiefe, summt am Sitter des Friedhofs ein paar harmlose Töne und fährt, völlig umgestimmt, mit zischender Wut in die Flügel der Mühle, die sich durchaus nicht drehen wollen.

Auch die Möwen, seine treuen Genossen, sind ihm an diesen tragischen Ort nicht gefolgt; sie wiegen sich draußen über den blauen, sonnenbunten Wellen, aus denen zuweilen kleine übermütige Fische direkt in ihre Schnäbel springen.

Nieder Leo — hoch Friedrich!

Von Paul Gutmann.

Seit der Krieg unsere Begriffe in erfreulicher Weise gewandelt, Raub als Annexion, Unterdrückung der Wahrheit als vaterländisches Interesse in den Bereich erhabener Vorstellungen gerückt hat, blüht die parteiliche Begriffsumstellung, früher Fälschung genannt, in herzerquickender Pracht. Die Methoden der Kriegführung üben auf die blutigeren Geheime der Extremisten eine faszinierende Wirkung aus. Der Autoritätsglaube, den die Revolutionen der verschiedenen Länder angeblich zerstört haben, blüht zum Glück im Höhenland und in keinem Gegenpol, der Höhenzertrümmerung wieder herrlich auf. Ob der Göze Friedrich in den Himmel erhoben, der Göze Leo verdammt wird, überall das gleiche Bild eines erfreulich primitiven Kults.

In Rußland ist man endlich dahintergekommen, daß die Romane Tolstois „Anna Karenina“ und „Auferstehung“ die Volkspoesie in weitestem Maße vergiften. Die Helben beider Romane entstammen einer bürgerlich-aristokratischen Umwelt, sind also geeignet, dem waldschichten Bolschewisten tiefstes Vergnügen zu bereiten. Kunstwert hin, Kunstwert her, genau so spricht Brunner, genau so sprach Wilhelm, die ganze Richtung paßt uns nicht. Ob, wie in „Auferstehung“, das Ringen einer Menschenseele um Erlösung von einer Schuld erschütternd dargestellt, ob das Ehedrama einer Frau in erregenden Situationen aufgebeut wird, es ist egal, der Adel paßt uns nicht, er ist kein Anhänger unserer politischen Religion. Soll die ganze Welt die Romane als zu den bedeutendsten Werken aller Zeiten gehörig betrachten, wir stampfen sie ein und drücken darauf unsere langweiligen Manifeste. Wer würde diese lesen, wenn die amüsanten Romane Leos in aller Hände wären? Also weg mit ihnen. Platz für die Langeweile!

Was Leo recht ist, ist Friedrich billig. Eine fatale Sache, daß bei dem wendischen Potsdam ein Fleck Namens Sanssouci liegt, total die Auslanderei jenes Monarchen, der einen Franzosen zum Freund hatte, die Akademie mit Franzosen besetzen ließ, einer italienischen Tänzerin ein Palais baute, nach griechische Götter in seinem Park aufstellte, sich mit den Büsten römischer Kaiser umgab. Der französisch sprach, die deutsche Sprache gering schätzte, über Gott und Vaterland Witze machte und dessen Unterhaltung bei der berühmten Loketunde, wie Voltaire berichtet, an den höchsten Ton eines Vorbells erinnerte. Was soll man mit einem so anrüchigen Monarchen anfangen, dem einzigen, der wegen seiner Schlachterfolge sich zum Nationalgötzen eignen würde? Man lackiert ihn mit Preußisch-Blau, malt ein Hakenkreuz darauf und stempelt ihn zum

Nationalsozialisten. Zwar weiß bis heute kein Mensch, was damit gemeint ist, aber darauf kommt es nicht an. Der philosophische Geistesgenosse Lessings und Prof. Mendelssohns, der vaterlandslose Weltbürger, der ruhmesdürstige Eroberer wird zum Kadavropatrioten, Judenfreier, Hilarium. Mit der Fahne schwarzweißrot stürmt er zum Ruhme Deutschlands heroor und zerschmettert die Feinde mit Ludendorffschem Jornsunkeln.

Das Mittel ist genial. Die Geschichte ist ein Schmorren, wenn es gilt, Parteianhänger zu gewinnen. Schon lange pocht einem der internationalistische Goethe nicht. Man dichtet ihm eine jüdische Urogroßmutter an und läßt ihn in kein anständiges völkisches Heim mehr eindringen. Kant, der Pazifist, war ebenfalls ein verächtlicher Ausländer. Weg mit ihm. Es lebe die Philosophie Dinters. Auf die Art wird mit den sogenannten Geistesheroen gründlich aufgeräumt. Jeder völkische Oberlehrer kann zum Maurenbrecher gegen die Festung des veralteten Geistes werden. Stampf den „Haut“ ein, der ein verkäppelter Vorläufer Einsteins und wahrscheinlich ein Jude gewesen ist, vernichtet den philosophischen „Nathan“, konfiszieren die zerklebende „Kritik der reinen Vernunft“ und drückt auf dem davon gewonnenen Papier die von Botan begnadeten Manifeste Bulles oder die Reden Hitlers. Die Romane Tolstois verkehren die Kommunisten den Völkischen, die ihnen dafür die gesammelten Werte Rudolf Herzogs und Joseph von Baußs schenken werden. Auf den Trümmern eines so geeinten Deutschlands blüht dann der düstere Aush der neuen Geistesepoche und läßt die Feinde vor Reich verstummen. He Leo — he Friedrich!

„Graf Ludner“ und die Hanseaten. Aus Lübeck wird uns geschrieben: Ein lustiges — oder bedenkliches — Ereignis ereignete dieser Tage unsere ehrwürdige Hansestadt. Kam da eines Abends ein feiner, vornehm gekleideter Herr in ein bekanntes Café in der Breiten Straße, machte Bekanntschaft mit würdigen Bürgern und stellte sich also vor: „Gestatten! Graf Ludner!“ Die hanseatischen Kaufherren überließ es heiß und kalt, der Grog hing im Leibe noch einmal an zu siedeln. Aber es war kein Zweifel: sie hatten den Seebelden leibschlich vor sich. Zwei Stammgäste, darunter ein demotokratisches Bürgergesellschaftsmitglied und strommer Kriegervereinler, holten im Winter die Vorträge Ludners über dessen kühne Fahrten gehört und erkannten den Tapferen wieder. Die sonst so steifen Rücken bogen sich aufs neue, zwei Jünglinge am Reichtisch erblickten sich, die Ehrenwache zu stellen, standen den Abend über mit den Händen an der Hofenacht starr, während andere als Kurzer ausgingen und Bekannte aus anderen Lokalen herbeierborten. Im Ru war das Café bis auf den letzten Platz gefüllt. Alles überbot sich den hohen Gast zu ehren. Wein und Sekt floß in Strömen, die patriotische Welle flog. Die Musik durfte nur Marinemärsche und „Heder spielen. Der Gast wurde auf den Schultern der Begeisterten getragen, und zuletzt stritt man sich um die Ehre, die Rede vorzutragen zu dürfen. Ein vornehmer Hanseate erbot sich gehorsam, den hohen Gast beherbergen zu dürfen. Nur zu früh wurde Friedenabend gehalten. Umringt von Getreuen zog man von dannen, dem Markt voran zu, wo man noch im Dunkel der Nacht begeisternde Reden hielt. Dann ging's zum Ehrenheim, dem Hause eines fanatischen deutschvölkischen Kohlenhändlers in einem Villenquartier. Beim Frühstück wurden die Gastgeber von dem Herrn Grafen zu einer Auto-

Sprache kommen; diese Beschwerde wird dann voraussichtlich dem Geschäftsausschuss zur weiteren Behandlung überwiesen werden.

Im weiteren Verlauf seiner von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends sich erstreckenden Sitzung hat der Ausschuss sich mit der Frage des Termins der nächsten Plenarsitzung beschäftigt. Er hat zunächst den 22. Juli für den Wiederzusammentritt des Reichstags in Aussicht genommen. In dieser Sitzung soll der Ratetät, die Beschwerde der Kommunisten über die Hausdurchsuchung und die sozialpolitischen Anträge, die der Sozialpolitische Ausschuss vorbereitet hat, zur Beratung gelangen. Mit den letzteren eintragen soll sich noch der Hauptausschuss beschäftigen. Ob die Sitzung am 22. Juli stattfinden kann, hängt noch von einer Erklärung der Regierung ab, die eventuell in der nächsten Woche im auswärtigen Ausschuss abgegeben wird. Demnach ist eventuell der 29. Juli als Termin der nächsten Plenarsitzung in Aussicht genommen worden.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten hat am Donnerstag die Anträge beraten, die die Erwerbslosenunterstützung erhöhen sollen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten, die Unterstühtungen für die Familienangehörigen, deren Beiträge besonders klein sind, auf mehr als auf den doppelten Betrag, die anderen entsprechend geringer zu erhöhen. Ferner verlangen die Sozialdemokraten, daß die Unterstühtungen für männliche und weibliche Erwerbslose gleich sein sollen. Alle Parteien und die Regierung konnten die Nachweise der Sozialdemokraten nicht bestreiten, daß die jetzigen Unterstühtungen völlig ungenügend sind. Aber auch hier erhoben sie den Einwand, daß die Notlage unseres Volkes uns für diese Unterstühtungen die engsten Grenzen ziele. Infolgedessen kamen die Mittelparteien mit dem Antrage, daß die Hauptunterstühtungen um 20 bis 25 Proz. und die Familienzuschläge um 35 bis 40 Proz. erhöht werden. Auf den eindringlichen Nachweis der Genossin Schroeder, wie ungenügend diese Verbesserung ist, erhöhten die Mittelparteien in ihrem Antrag die Familienzuschläge um 60 Proz. Eine völlige Gleichstellung der Unterstühtungssätze für weibliche und männliche Erwerbslose lehnten die bürgerlichen Parteien ab, jedoch wollten sie den Unterschied verringern.

Die Kommunisten forderten eine Erhöhung der Unterstühtungssätze auf das Dreifache. Die Sozialdemokraten erklärten, daß auch sie für eine möglichst hohe Unterstühtung sind und es begrüßen werden, wenn der denkbar höchste Satz erreicht wird. Die Nationalsozialisten traten für die Annahme der Anträge der Sozialdemokraten ein. Die Deutschnationalen lehnten jede Erhöhung der Hauptunterstühtungssätze ab, wollten aber die Zuschläge für die Familienmitglieder möglichst erhöhen. Schließlich wurde die Abstimmung über diese Anträge wie über die anderen Anträge der Arbeitslosenunterstützung auf Wunsch der Mittelparteien bis zum Beginn der heutigen Sitzung zurückgestellt.

Die Sozialdemokraten hatten ferner verlangt, daß die Kurzarbeiterunterstützung wieder allgemein vorgeschrieben wird, während sie jetzt in das Ermessen der Landesregierungen gestellt ist. Diese Unterstühtung sollte nach dem Antrag der Sozialdemokraten so bemessen werden, daß für jede ausgefallene Arbeitsstunde die auf die Stunde berechnete Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird. — Die Kommunisten beantragten, den Lohn der Kurzarbeiter durch die Unterstühtung soweit zu ergänzen, bis der Vollohn erreicht ist. Das Finanzministerium erklärte, daß die Finanzlage des Reiches unter seinen Umständen die allgemeine Durchführung der Kurzarbeiterunterstützung zulasse.

Die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen sollten nach dem Antrage der Sozialdemokraten zu je einem Drittel vom Arbeiter, Arbeitgeber und Reich aufgebracht werden. Das Reich sollte eine einheitliche Gefahrengemeinschaft bilden und die Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Höhe für das ganze Reich festsetzen. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß eine solche Regelung viel für sich habe. Aber, so betonten die Redner der

fahrt am Nachmittag eingeladen. Gegen 1/2 2 Uhr telephonierte „Ludner“, die Herrschaften möchten sich bis gegen 6 Uhr gebuden, da er noch einige Besorgungen zu machen habe. Und gebuldig warteten die Ubergeliebten, bis sie der hohen Ehre teilhaftig werden konnten. Sie warteten, den Rosenstrauch bereit — und warten noch heute vergebens. Verschwunden war der Held, kein Kaiserberg sah ihn wieder. So endete dies freudige Ereignis, über das ganz Lübeck lacht.

Die Beduinen in Palästina. Die Regelung des Grundbesitzes in Palästina und die fortschreitenden Vermessungsarbeiten, andererseits die rübergehenden Beduinen auf Reisende und Ansiedlungen durch nomadisierende Beduinen haben die Regierung in Palästina vor die zwingende Notwendigkeit der Regelung des Nomadenwesens gestellt. Die nomadisierenden Beduinenstämme betreiben den Boden als gemeinsames Eigentum aller, und wo sie ihre Zelte aufschlagen, da werden ihre Tiere, da fien und ernten sie, dabei werden in der Umgebung Weide, Kamele und Weiber gehalten. Die in manchen Ländern Europas auch heute noch ungelöste Frage der Wanderzigeuner ist ein schwacher Nachahmer der Beduinenfrage gegenüber, denn die Stämme sind bewaffnet und hängen sanftlich an ihren Traditionen. Sie sind nirgends konfliktiert, können weder gezücht noch irgendwie unter die gesetzliche Disziplin gebracht werden. Die anlässlichen Araber und grundbesitzenden Schelks und Gfendts selbst sind es welche die Säuberung des Landes von der „alten Romantik“ der Beduinenstämme bei der Regierung betreiben. Die Aktion der Regierung hat bereits mit einer starken Vermehrung der palästinensischen Gendarmerie und Aufstellung von Kameleiteilabteilungen begonnen. Man kann unmöglich die Beduinen sofort ansässig machen, doch werden sie sich auf bestimmte Gebiete im Südosten des Landes beschränken lassen. Jeder erwachsene Beduine bekommt gleichsam eine Bewilligung, die er den Gendarmeriepatrouillen vorzeigen muß. Man nimmt an, daß diese Restregulierung bei den unbotmäßigen Beduinen besonders in erster Zeit nicht ganz leicht ablaufen dürfte, jedenfalls geht in Palästina ein Stück Romantik des alten Orients verloren.

„Terra nova“ nennt sich eine neue deutsche Erfindung auf dem Gebiet des Rundfunks, die automatisch so lange Wellenstrahlen emittiert, bis die Antenne leer ist. Damit wird jede Abregelung der Radiomastenanlagen ausgeschlossen. Die Erfindung, die bereits patentiert ist, wurde dieser Tage in München der Presse vorgeführt.

Das siebte Schiff der Welt. In Barcelona wurde der hundertste Geburtstag des Seglers „Nuestra Señora del Mar“ (Unsere liebe Frau vom Meer) gefeiert, der im Jahre 1824 vom Stapel gelassen wurde und heute noch im Dienste steht. Er hat während des Weltkrieges einige Abenteuer erlebt. Er wurde während der Blockade des Mittelmeeres in der Straße von Gibraltar erwischt, aber nach dem Verstecken der Besatzung wurde er freigelassen.

London hat 7 1/2 Millionen Einwohner. Die letzten veröffentlichten amtliche Londoner Wohnungsverhältnisse enthält einige bemerkenswerte Ziffern. Danach übersteigt im Jahre 1924 die Bevölkerung von London nicht eine Million Einwohner. Im Jahre 1923 betrug sie dagegen 7 1/2 Millionen. Dabei ist aber zu bemerken, daß in bestimmten Stadtteilen von London — ebenso wie auch in Berlin — ein Rückgang der Bevölkerung gegen das Jahr 1891 zu verzeichnen ist. So hatte beispielsweise die City 1891 eine Bevölkerung von 128 000, während sie heute nur noch 14 000 Einwohner zählt. Die Vororte dagegen haben eine außerordentliche Zunahme der Bevölkerung erfahren.

bürgerlichen Parteien und das Arbeitsministerium, eine Verständigung mit den Landesregierungen hierüber erscheint vorläufig ausgeschlossen.

Die Unterstühtungen werden nach den jetzigen Bestimmungen bei einem Streik oder einer Aussperrung erst mehrere Monate nach Beendigung dieser Kämpfe gewährt. Die Sozialdemokraten verlangten, daß der Anspruch auf die Unterstühtung unmittelbar nach dem Streik oder der Aussperrung gegeben wird.

Für die Krankenversicherung der Erwerbslosen muß nach den jetzigen Bestimmungen die Unterstühtung als Grundlohn gelten. Das hat die Folge, daß der Erwerbslose während einer Krankheit als Krankengeld nur die Hälfte der an sich schon so niedrigen Erwerbslosenunterstühtung erhält. Die Sozialdemokraten beantragten, daß als Grundlohn der doppelte Betrag der Unterstühtung eingeseht, das Krankengeld also auf den vollen Betrag der Unterstühtung erhöht wird. Der Arbeitsminister erkannte die Notwendigkeit dieser Änderung an.

Kadau in Thüringen.

Polizei im Landtag. — Genosse Hermann rechnet mit der Reaktion ab.

Weimar, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagssitzung des Thüringischen Landtages kam es zu Aufritten, wie sie sich seit dem Bestehen des Landes Thüringen noch nicht ereignet haben. Während einer Rede des Genossen Hermann betrat der am Mittwoch auf die Dauer von acht Sitzungstagen ausgeschlossene kommunistische Abg. Beck den Sitzungssaal. Als der Präsident ihn erblickte, unterbrach er sofort den Redner und forderte den ausgeschlossenen Abgeordneten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Da dieser sich weigerte, wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen. Auf Verlangen des Präsidenten ließ Minister Sattler ein Aufgebot von etwa 20 Beamten der Landespolizei kommen, die in Lastautomobilen eintrafen. Ein Leutnant mit zehn Mann betrat den Sitzungssaal und forderte den Abg. Beck im Namen der Regierung auf, den Saal zu verlassen. Beck weigerte sich jedoch, der Aufforderung nachzukommen. Daraufhin entfernten ihn die Beamten unter Beiseitebringern der sich um ihn scharenden kommunistischen Abgeordneten gewalttätig aus dem Sitzungssaal. Im Gedränge fiel die kommunistische Abgeordnete Frau Schmidt, die sich den Landespolizeibeamten entgegenwarf, zu Boden. Die Eingänge zum Landtagsgebäude wurden von Beamten der Polizei besetzt. Kein Besucher wurde ohne Ausweis hereingelassen.

Die Kommunisten, die sich auf diesen Vorfall wohl vorbereitet hatten, veruchten photographische Aufnahmen zu machen. Das gelang ihnen aber wegen der schlechten Lichtverhältnisse im Saal nicht. Dagegen photographierten sie die Gruppe der Landespolizei, die den Abg. Beck aus dem Portal des Landtages entfernten. Nach diesem Zwischenfall wurde die Sitzung abermals auf längere Zeit unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung beschloß die bürgerliche Mehrheit die Aufhebung der Immunität des Genossen Hermann in namentlicher Abstimmung.

Dieser Beschluß wurde mit Psuirufen der Linken ausgenommen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung gab Genosse Fröhlich für die Sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab: „Nach den Antworten, die Staatsminister Sattler auf die Anfrage über die Genehmigung eines Stahlhelmtages in Gera und das Verbot einer Sonnenwendfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend in Hermsdorf-Klosterlausnig gegeben hat, sieht sich die Sozialdemokratische Fraktion veranlaßt festzustellen, daß nach den gegebenen Antworten die Umstühtung des Ministers Sattler parteipolitisch einseitig gegen Anhänger der Republik gerichtet ist. Im Gegensatz zu seinem Verhalten gegen republikanisch eingestellte Organisationen steht sein Entgegenkommen solchen Organisationen gegenüber, die sich militarisch formieren und militarisch gebärden, die sich unpolitisch bezeichnen, deren Führer aber in der Praxis den Kampf gegen die Republik predigen und auf einen Krieg mit Frankreich hinarbeiten, wie dies auch wiederum auf dem Stahlhelmtage in Gera am 6. Juli geschehen ist. Der Stahlhelm ist keine unpolitische Vereinigung, wie das der Herr Staatsminister hinzusetzen beliebt. Sowohl durch den Landtagswahlkampf, wo er sich insbesondere in der völkischen Bewegung hervorgetan hat, als auch durch die Betätigung seiner Führer und durch den Kampf, der sich innerhalb des Stahlhelms über die politische Einstellung seiner Führer abspielt, ist seine innen- und außenpolitische Betätigung erwiesen. Daran ändert die anders lautende Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik nichts.“

Thüringen ist neuerdings an Stelle Bayerns Aufmarschgebiet für antirepublikanische und zum Kriege behende Organisationen geworden.

Was sich 1922 und 1923 in Bayern offen gegen die Republik und gegen die Interessen des überwiegend gegen Gewalttätigkeiten und gegen Krieg eingestellten deutschen Volkes zugezogen hat und am 8. November 1923 zum Putsch führte, spielt sich heute unter der Duldung und Begünstigung der Thüringer Regierung in Thüringen ab. Die Sozialdemokratische Fraktion des Thüringischen Landtages fühlt sich verpflichtet, die Offenheit rechtzeitig auf die Auswirkungen, die der Aufmarsch der antirepublikanischen Organisationen in Thüringen zeigen wird, aufmerksam zu machen. Die Auswirkungen werden nicht anders sein, wie sie in Bayern waren; der Putsch wird das Endergebnis sein. Die Verantwortung dafür trägt die Thüringische Regierung.“

Preussisches Staatsporzellan.

Oeffentliche Verhandlungen im Untersuchungsausschuss.

Am Donnerstag trat der Untersuchungsausschuss des Landtages zusammen, der auf sozialdemokratischen Antrag hin zur Klärung der Rufe von Ministern, Abgeordneten usw. bei der Staatlichen Porzellan-Manufaktur eingestellt worden war. Die Verhandlungen sind öffentlich. Abg. Osteroth (Soz.) gab einen kurzen Überblick über den Bericht der Oberrechnungskammer, demzufolge Minister und andere Persönlichkeiten bei ihren Einkäufen Kabatt erhalten haben. Eine Beurteilung der Sachlage sei nicht möglich, solange nicht die Direktion der Porzellan-Manufaktur Stellung genommen habe.

Der Untersuchungsausschuss verlangte die Vorlegung des Berichts der Oberrechnungskammer und will durch eingehende Zeugenvernehmungen die Angelegenheit endgültig klären. Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen stellen umfangreiche Beweisansprüche.

Abg. Hellmann (Soz.) fordert Beweisaufnahme darüber, wie der Bericht der Oberrechnungskammer zustande gekommen sei. Ferner forderte er Klarheit darüber, aus welchen Quellen die Informationen für die verschiedenen Presseartikel über die Käufe bei der Porzellan-Manufaktur stammten. Zu diesem Zweck müßten die Redakteure der betreffenden Blätter vernommen werden. Schließlich forderte Hellmann Aufklärung über die Frage, welche Belpredung der frühere Direktor Gohle mit den Beamten des Finanzministeriums gehabt hat.

Abg. v. Czern (D. Vp.) erklärte, es gehe nicht an, in das Redaktionsgeheimnis einzudringen oder zu erforschen, wie das

Finanzministerium in den Besitz seiner Informationen gekommen sei. Man wolle anfangs das alte Beamtentum diskreditieren.

Abg. Schwering (S.) betonte seine Unabgängerigkeit gegenüber der ganzen Streiffrage und schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Genossen Hellmann an.

Die Militärkontrolle.

Nach der Generalinspektion noch die fünf Punkte.

Der wesentliche Inhalt der Antwortnote, die die Postfachkonferenz der Ententeinmächte in Paris dem deutschen Botschafter übergeben hat, war von unserem Pariser Korrespondenten bereits Donnerstag früh im „Vorwärts“ wiedergegeben worden. Zur Ergänzung sei noch folgender ausführlicher Bericht des WTB. über den Inhalt der Note mitgeteilt:

Ohne auf die zu Beginn der letzten deutschen Note dargelegten verschiedenen Gesichtspunkte von neuem eingehen zu wollen, nehmen die Alliierten Regierungen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Deutsche Regierung der Durchführung einer Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes durch die Militärkontrollkommission zustimmt. Diese Zustimmung läßt hoffen, daß die deutschen Behörden bei der Erledigung der Arbeiten, deren Abschluß auch das Ende der Aufgaben der Kommission bedeuten soll, aufrichtig mitarbeiten wollen. Auf diese Weise werden diese Arbeiten schnell zu einem guten Ende geführt werden können. Die Alliierten Regierungen halten es jedoch für erforderlich, folgendes zu bemerken:

Die Deutsche Regierung befähigt in ihrer letzten Note die ausdrückliche Erklärung der Alliierten Regierungen, daß die Generalinspektion das Ende der Militärkontrolle und den Uebergang zum Regime des Art. 213 des Vertrages darstellt. Die Deutsche Regierung kann jedoch nicht übersehen haben, daß die Alliierten Regierungen immer außer der Generalinspektion die Regelung der in der Kollektionsnote vom 19. September 1922 aufgezählten fünf Punkte verlangt haben. Die Note der Postfachkonferenz vom 28. Mai d. J. hat festgestellt, daß

nach dem befriedigenden Abschluß der Generalinspektion die Kontrolle auf die fünf Punkte beschränkt

werden wird. Sie hat ferner betont, daß die Alliierten Regierungen die Absicht hatten, so schnell wie möglich nach Abschluß der Generalinspektion zu einer erheblichen Verkleinerung der Kontrollkommission zu schreiben. Das ist immer der Standpunkt der Alliierten Regierungen gewesen, und sie wiederholen heute, daß es unerlässlich ist, abgesehen von der Generalinspektion, die Regelung der fünf Punkte durch die Kontrollkommission überlassen zu lassen, wobei die Einschränkung des Personals der Kontrollkommission je nach Maßgabe der Durchführung dieser fünf Punkte erfolgen würde. Die Alliierten Regierungen geben von der Auffassung aus, daß die deutsche Antwort nur deshalb von diesen fünf Punkten nicht spricht, weil die Deutsche Regierung der Ansicht ist, daß die Bereinigung dieser fünf Punkte spätestens gleichzeitig mit der Generalinspektion beendet sein soll. Diese Möglichkeit kann tatsächlich ins Auge gefaßt werden, da die

Bereinigung der fünf Punkte nur von dem Willen der Deutschen Regierung abhängt.

In diesem Sinne legen die Alliierten Mächte den von der Deutschen Regierung zum Ausdruck gebrachten Wunsch aus, daß die Generalinspektion und die Militärkontrolle bis zum 30. September beendet sein sollen. Es kann sich hier offenbar nicht um eine von der Deutschen Regierung den Alliierten Regierungen gestellte Bedingung handeln, denn letztere sind nicht in der Lage, im voraus zu überblicken, in welchem Zeitraum die Beendigung der Kontrolle möglich sein wird. Sie lassen also den von der Deutschen Regierung geäußerten Wunsch so auf, daß die Deutsche Regierung hierdurch zum Ausdruck bringen will, daß sie alles, was in ihrer Macht steht, tun will, um zu ermöglichen, daß die Kontrolle bis zum 30. September zum Abschluß gebracht wird. Wenn diese Auslegung richtig ist, so können die Alliierten Regierungen der Deutschen Regierung nur versichern, daß sie den gleichen Wunsch haben, und daß die Kontrollkommission mit allen Kräften dazu beitragen wird, diesen Wunsch zu verwirklichen. Es ist jedoch

nicht möglich, jetzt schon das genaue Datum der Beendigung der Kontrolle zu bestimmen.

Die Alliierten Regierungen sind der Auffassung, daß die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion und der fünf Punkte in dem Geiste geregelt werden sollen, in dem die letzten Mitteilungen der Alliierten Regierungen abgefaßt waren. In diesem Geiste werden die Anregungen geprüft werden, mit denen die Deutsche Regierung an die Militärkontrollkommission herantritt. Die Regelung des größten Teils der in fünf Punkten zusammengefaßten Forderungen hängt ausschließlich von dem guten Willen der Deutschen Regierung ab, mit der sich die Kontrollkommission unmittelbar verständigen wird. Die Alliierten Regierungen beschreiben sich daher der Deutschen Regierung mitzuteilen, daß die Schlussoperationen der Kontrolle in dem Geiste und unter den Bedingungen durchgeführt werden sollen, die in der Note vom 28. Mai zum Ausdruck gebracht worden sind. Die Kontrolloperationen werden am 20. Juli beginnen.

Krach im Polenparlament.

Warschau, 10. Juli. (WTB.) In der gestrigen Sejmdebatte über die drei Reformgesetze für die Minderheiten in den Disziplinen erklärte der Führer des polnischen Linksbloks Abg. Thugutt, es bedrehte auch ihn, daß die Minderheiten zu den Kommissionsleistungen, in denen die Gesetze beraten wurden, nicht zugezogen werden seien. Dann führte in ukrainischer Sprache der Abg. Paczolon aus, daß die Ukrainer und Weißrussen ihr Bestreben, einen Staat im Verbände der russischen Sowjetrepublik zu bilden, niemals aufgeben werden. Diese Erklärung entfesselte einen solchen Entrüstungsturm auf der Rechten, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Die Ukrainer sangen beim Verlassen des Saales ihre Nationalhymne. Nach der Sitzung hielt der Byzowinier-Klub eine Konferenz ab, in der die beiden Klubmitglieder Ballin und Segartun ihren Austritt erklärten; diese Abgeordneten hatten sich an den Gesängen der Weißrussen und Ukrainer beteiligt. Das Haus nahm nach der Wiedereröffnung der Sitzung die drei Reformgesetze in zweiter und dritter Lesung an. Die Vertreter der Minderheiten nahmen an der Sitzung nicht teil.

Die Völkerfriedensgarantie.

Nordamerika und der Völkerbundvorschlagn.

Genf, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht die Antwort der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Garantievorschlag des Völkerbundes vom Januar d. J., der an sämtliche Staaten gerichtet war. Dieser Garantievorschlag sieht bestimmte Sicherheitsmaßnahmen vor, die der Völkerbund im Falle eines Angriffskrieges gegen den Störenfried ergreifen soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, bei aller grundsätzlichen Förderung dieses Abrüstungsvorschlages, wie sie auch durch die Washingtoner Abrüstungskonferenz vom Jahre 1921 praktisch bewiesen habe, zurzeit leider diesem Garantievorschlag des Völkerbundes nicht näher treten zu können, da Nordamerika nicht Mitglied des Völkerbundes sei und außerdem seine föderalistische Verfassung eine grundsätzliche Anerkennung der Kompetenz des Völkerbundes in dieser entscheidenden Frage nicht zulasse.

Der Aufstand von Sao Paulo. Den brasilianischen Regierungstruppen ist es nunmehr endgültig gelungen, die in der Kaserne in Sao Paulo verbarrikadierten Revolutionäre gefangen zu nehmen. Die Gelagerten leisteten bis zum letzten Augenblicke hartnäckigen verzweifelten Widerstand. Das andauernde Bombardement hat sie schließlich doch zermürbt. Sie hatten etwa 400 Tote.

Gewerkschaftsbewegung

Die Kriegserklärung von Genf.

Bermutlich auf Veranlassung des deutschen Regierungsvertreters, Ministerialrat Leymann, verhielt sich das Reichsarbeitsministerium den amtlichen Wortlaut der Erklärung über den Achtstundentag, der im Namen der Reichsregierung auf der Genfer Arbeiterversammlung abgegeben wurde. Wir geben insbesondere die Teile der Erklärung wieder, die durch das Wolff-Bureau nicht oder sinntestellend übermittelt worden sind. Herr Leymann sagte also u. a.:

Durch die Ruhrbesetzung und ihre bekannten Folgen, durch die außerordentlich hohen deutschen Frachten, durch den Zusammenbruch der Währung und schließlich durch die sogenannten Ricum-Beiträge wurde die deutsche Wirtschaft völlig zerrüttet. Die Industrie war am Erliegen. Handel und Verkehr kamen fast zum Stillstand. Die Zahl der Erwerbslosen stieg zeitweise bis auf 5 Millionen. Besonders schlimm wirkte der Mangel an Kohle.

Unter dem Zwange und der Wucht dieser Verhältnisse hat sich die deutsche Regierung nach eingehenden Beratungen aller in ihr damals vertretenen Parteien entschließen müssen, von der Durchführung eines starren und allgemeinen Achtstundentages in Industrie, Handel und Verkehr abzusehen. In vielen Industrien hat daher seit Ende 1923 auf tariflichem Wege eine Verlängerung der Arbeitszeit stattgefunden. In anderen wichtigen Industrien, z. B. in Bergwerksbetrieben, in der Glasindustrie und im Baugewerbe ist es beim Achtstundentag geblieben. Dabei ist zu betonen, daß die Tarife höchstarbeitszeiten vorsehen, die keineswegs tatsächlich in allen Fällen ausgenutzt werden.

Ob es uns gelingt, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, sieht noch nicht fest; noch weniger ist zu übersehen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden,

wenn erst die Reparationszahlungen in voller Wucht auf uns lasten.

Das zurzeit geltende Arbeitszeitgesetz vom Dezember 1923 ist ein Notgesetz. Mit seiner Aenderung ist unter günstigeren und besser übersehbaren wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen. Die deutsche Regierung ist außerstande, über Inhalt, Umfang und Zeitpunkt solcher Aenderungen für Stunde Bestimmtes zu sagen. Sie muß sich vielmehr darin ihre volle Handlungsfreiheit vorbehalten. In ihrem Namen möchte ich auch erklären, daß der in dem Bericht des Herrn Direktors zur Erörterung gestellte Gedanke, eine Art internationale Kontrolle über unsere Arbeitszeit einzuführen, für uns undiskutabel ist.

Ich möchte zu den Ausführungen der Herren Wertens, Pouillon und Joubau einige Bemerkungen machen. Die Besserung unserer sehr schlechten Wirtschaftslage und besonders die Erfüllung der uns auferlegten schweren Verpflichtungen ist, da es sich um dauernde Verpflichtungen handelt, nur dann möglich, wenn wir Ueberflüsse in unserer Volkswirtschaft erzielen.

Wenn wir Ueberflüsse in unserer Wirtschaft erzielen wollen, um die uns auferlegten großen Verpflichtungen zu erfüllen, so kann dies nur geschehen, indem wir unsere Warenproduktion steigern. Das kann erreicht werden einerseits durch Verbesserung der technischen Betriebseinrichtungen und durch gute Organisation der Betriebe und andererseits durch Steigerung der persönlichen Arbeiterleistungen. Selbstverständlich ist man in Deutschland bemüht, die industriellen Betriebe technisch so vollkommen zu gestalten wie möglich, aber diesem Bestreben sind auch gewisse Grenzen gesetzt durch den völligen Mangel an Kapital. Nach der übereinstimmenden Ansicht aller maßgebenden beteiligten Kreise würde aber auch die beste technische Ausstattung der industriellen Betriebe allein nicht genügen, um die unbedingt nötigen Ueberflüsse zu erzielen und besonders, um sie schnell zu erzielen. Dazu ist auch eine Erhöhung — eine Steigerung der persönlichen Arbeitsleistungen unvermeidlich. Wir wissen natürlich auch, daß eine einfache

systematische Verlängerung der Dauer der Arbeitszeit keineswegs immer eine Steigerung der Arbeitsleistung zur Folge hat,

und daß in manchen Fällen bei intensiver achtstündiger Arbeitszeit dieselbe oder sogar mehr geleistet werden kann als bei längerer Arbeitszeit. Aber das gilt natürlich nicht allgemein. In vielen Fällen ist die Arbeitszeit sogar das wirksamste und einzige Mittel, um schnell höhere Arbeitsleistungen zu erreichen. Ich möchte z. B. auf den Bergbau hinweisen. Nach Ansicht der Sachverständigen würde vielleicht in einzelnen Bergwerken die Verwendung von technischen Abbauvorrichtungen möglich und vorteilhaft sein. Aber ihre Einführung erfordert Jahre und viel, viel Geld.

Zwischen der Erklärung, die Herr Leymann im Auftrag des Reichsarbeitsministers abgab und seinen persönlichen Bemerkungen, die er in Form einer Polemik hinzufügte, besteht ein fühlbarer Unterschied. Es war dem deutschen Regierungsvertreter, der persönlich gewiß ein alter Beamter konservativer Einstellung, aber mit sozialem Verständnis und ehrlich und einsichtig genug ist, um sich offenbaren Tatsachen nicht zu verschließen, es war ihm offenbar nicht recht wohl, die Meinung seines Auftraggebers zu vertreten. Er hatte wohl auch das Gefühl, mit dieser offiziellen Meinung Deutschland einen schlechten Dienst zu leisten. Er hat also versucht, so gut es ging, die Geschichte wieder einzurenken.

Daß eine riesige Arbeitslosigkeit die Ursache einer Kürzung, aber nicht einer Verlängerung der Arbeitszeit ist, liegt so auf der Hand, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist. Mit solchen „Gründen“ einen Regierungsvertreter zu einer internationalen Konferenz zu schicken, ist ein Schicksalsbühnenstück.

Herr Dr. Brauns läßt aber noch hinzufügen, daß es noch schlimmer kommen werde, „wenn erst die Reparationszahlungen in voller Wucht auf uns lasten!“ Erst später, wenn wieder „günstigere“ Verhältnisse eintreten, d. h. also, wenn Deutschland keine Reparationen mehr zu zahlen haben wird, in 20, 30 Jahren oder noch später, könne eine Aenderung eintreten. Bis dahin behalte die Regierung sich „ihre volle Handlungsfreiheit“ vor.

Das ist klar und eindeutig. Die deutschen Arbeiter, Beamten und Angestellten sind nun im Bilde, was die Unternehmer im Schilde führen und ausführen lassen durch ihre Handlanger, die heute Regierung spielen dürfen, dank der Kurzsichtigkeit der Wähler, die „radikal“ — ganz rechts oder ganz links — gewählt haben.

Wir haben den Kern der persönlichen Anschauungen des Regierungsvertreters hauptsächlich deshalb wiedergegeben, weil diese die Scheingründe der Regierung schlagen widerlegen. Die Regierung hat in Genf eine Kriegserklärung an die Arbeitnehmer Deutschlands erlassen. Die Arbeitnehmererschaft wird diesen Kampf aufnehmen. Sie wird ihn mit aller Entschlossenheit und Fähigkeit durchführen und aufräumen mit jenen traurigen Politikern, die der deutschen Arbeiterschaft den

Achtstundentag, eine Verteuerung der Lebensmittel, der Mieten, der Lebenshaltung überhaupt und den Abbau der Sozialpolitik beschließen wollen.

Die Sozialpolitik des Reichsarbeitsministers.

Die Angestelltenversicherung als Instrument der Reaktion.

In der Angestelltenversicherung gehen zurzeit sondersbare Dinge vor. Der Reichsarbeitsminister hat Ende Juni 1924 die Vertrauensmänner im Reich aufgerufen, die Beisitzerwahlen zum Verwaltungsrat vorzunehmen. Diese Vertrauensmänner haben gesellig auch die Beisitzer zu den Spruchbehörden (Versicherungsämter, Obergerichtsämter, Reichsoberversicherungsamt) zu wählen. Diese Wahlen hat der Reichsarbeitsminister nicht mit ausgeschrieben, sondern sie durch Verordnung vom 28. Mai 1924 dem neu zu wählenden Verwaltungsrat übertragen. Die Wegnahme des den Vertrauensmännern zustehenden Wahlrechts und seine Übertragung an den künftigen Verwaltungsrat stützt der Reichsarbeitsminister darauf, daß er sich am 13. Februar 1924 auf Grund des zwei Tage danach ablaufenden Ermächtigungsgesetzes die Befugnis erteilt hat, die damals „bevorstehenden Wahlen“ dem Verwaltungsrat zu übertragen. Von dieser Befugnis hat der Reichsarbeitsminister in verfassungswidriger Weise nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes am 28. Mai 1924 Gebrauch gemacht. Der unzulässige Willkür hat den ausgesprochenen Zweck, eine gewisse Richtung der Angestellten auszuschalten, nämlich diejenige, die den Gedanken der Vereinheitlichung der Sozialversicherung vertritt.

Die Vertrauensmänner, die gesellig die Wahl der Beisitzer für den Verwaltungsrat und für die Spruchbehörden (Versicherungsämter, Obergerichtsämter, Reichsoberversicherungsamt) vorzunehmen haben, amtieren seit Anfang 1922. Später ist aber durch eine im November 1922 erfolgte Aenderung des Angestelltenversicherungsgesetzes der Kreis der versicherungspflichtigen Angestellten wesentlich erweitert worden. Die Vertrauensmänner sind also zurzeit nur von einem Teile der jetzt versicherten Angestellten gewählt worden. Der inzwischen erweiterte Kreis der Versicherungspflichtigen hat an der Wahl der Vertrauensmänner noch nicht teilnehmen können, so daß weite Kreise der nachträglich versicherungspflichtig gewordenen Bureauangestellten, Techniker und Werkmeister überhaupt nicht vertreten sind.

Um das Selbstverwaltungsrecht in dem geselligen Rahmen wirklich durchzuführen, ist zunächst erforderlich, daß die Neuwahlen der Vertrauensmänner vorgenommen werden, an denen alle zurzeit versicherten Angestellten das Recht der Teilnahme haben. Dies ist auch notwendig, weil infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse zahlreiche Vertrauensmänner und Erfahrmänner einen Stellungs- oder Ortswechsel vornehmen (namentlich im Rheinland und Ruhrgebiet) und daher ihr Amt nicht mehr ausüben können. Oder aber es muß eine Gesetzesänderung erfolgen, daß die Beisitzer zum Verwaltungsrat und zum Direktorium der Reichsoberversicherungsanstalt für Angestellte sowie zu den Spruchbehörden durch Urwahlen von den Versicherten selbst zu wählen sind.

Nach dem Gesetz haben die Wahlen für die Beisitzer zu den Versicherungsämtern und Obergerichtsämtern nach dem Verhältniswahlrecht durch diejenigen Vertrauensmänner zu erfolgen, die im Bezirke des betreffenden Versicherungsamtes oder Obergerichtsamtes tätig sind. Geschieht dies, so würden Vertreter aus den Reihen des Afl-Bundes wie der übrigen Angestelltenrichtungen gewählt werden. Erfolgt aber die Wahl der Beisitzer aller Spruchbehörden durch den Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung, so würden — da in diesem infolge der Wahlkreisgeometrie der Afl-Bund in der Minderheit ist — die Vertreter des freigewerkschaftlichen Afl-Bundes künftig überall ausgegaltet werden. Tatsächlich ist das, was der Reichsarbeitsminister dem Verwaltungsrat übertragen hat, überhaupt keine Wahl. Denn der Verwaltungsrat, der seinen Sitz in Berlin hat, kann selbstverständlich diejenigen Angestellten, die für die einzelnen Versicherungsämter und Obergerichtsämter im Reich als Beisitzer gewählt werden sollen, überhaupt nicht kennen. Praktisch würde die Sache so vor sich gehen, daß die Spitzenorganisationen der Angestelltenvereinigungen dem Verwaltungsrat Vorschläge für die Beisitzerwahlen machen, und daß der Verwaltungsrat, seiner Zusammensetzung entsprechend, die Vorschläge der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände einfach unter den Tisch fallen läßt. Dieser Wahlkreisraub, den der Reichsarbeitsminister durchzuführen im Begriff ist, muß als solcher gebrandmarkt werden. Will der Reichsarbeitsminister die freigewerkschaftliche Richtung vollständig ausschalten, wie er das mit Hilfe des einseitig zusammengesetzten Verwaltungsrates zu tun beabsichtigt, dann soll er wenigstens den Mut haben, das offen zu sagen.

Der Afl-Bund hat seinen Bundesvorstand beauftragt, sich mit dem Reichsarbeitsminister in Verbindung zu setzen und ihn zu ersuchen, bei der Bornahme der Wahlen die geselligen Bestimmungen zu beachten. Für den Fall, daß der Reichsarbeitsminister das nicht tut, sondern daran festhält, die Versicherungsinstanzen wider Recht und Gesetz willkürlich zusammenzusetzen, so wird der Afl-Bund sich an einer solchen Art von Wahl nicht beteiligen und ihre Rechtmäßigkeit anfechten.

„Gegen die Beamten.“

Unsere Bemerkungen zu diesem Thema in Nr. 312 des „Vorwärts“ haben uns eine Reihe von Zuschriften eingebracht, die uns zeigen, daß es notwendig ist, dieses Thema gelegentlich einmal gründlicher zu behandeln. Während in gewerkschaftlichen Kreisen behauptet wurde, der „Vorwärts“, wie die sozialdemokratische Presse überhaupt, seien nur vor der Reichstagswahl aus agitatorischen Gründen für die Beamten eingetreten, wird von Arbeitern in Versammlungen der Vorwärts gegen die Presse allgemein erhoben, daß sie sich — wie es in einer der Zuschriften heißt — „aus lauter Baudruckerei vor den Beamten bald umbringt und die Rolle der Arbeiter völlig ins Hintertreffen gerät. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Haltung der Beamten der Partei und den Gewerkschaften gegenüber dieses Rennen um deren Gunst von der Parteipresse wirklich nicht verdiene. Wenn ich auch diese Vorwürfe persönlich nicht teile — schreibt uns der betreffende Genosse aus der Nordwestdeutsche Deutschlands —, so glaube ich doch Veranlassung zu haben, der Redaktion aus unserem Winkel Deutschlands, die Stimmung, die von einem großen Teil hiesiger Arbeiter getragen wird, nicht vorzuenthalten zu dürfen.“

Das ist ja gerade: die Stimmung, die Mißstimmung, die sich nicht nur gegen die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, sondern auch gegen die Partei, und Gewerkschaften richtet. Diese Stimmung würde und wird insbesondere von der kommunistischen Agitation ausgefachtet, um das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den Gewerkschaftsangehörigen zu untergraben, den Geist der Zwietracht in die Gewerkschaften hineinzutragen und die Pläne der kommunistischen Partei zu fördern. Wir betrachten es als Aufgabe der Partei- und Gewerkschaftspresse, die Arbeitnehmererschaft nicht der jeweils abwechselnden „Stimmung“ zu überlassen, sondern der „Stimmung“ in all den

Fällen entgegenzutreten, wo sie sich in falschen Bahnen bewegt, zum Denken und Ueberlegen anzuregen, den Sinn für die Realität der Dinge zu schärfen und zu ihrer richtigen Beurteilung beizutragen.

Die Stimmung der Handarbeiter gegen die Kopiarbeiter ist keine neue Erscheinung. Schon vor zwei Jahrzehnten trat ihr Frei-Ligraib in seinem prächtigen Requiesscall entgegen, das Franz Diederich an die Spitze des zweiten Bandes seiner bekannten Sammlung „Von unten auf“ setzte. Wie oft ist nicht schon auf Arbeiterfesten Frei-Ligraib's „Requiesscall“ vorgetragen worden! Das hohe Lied auf die Handarbeit: „Ehre jeder Hand von Schwielern! Ehre jeden Tropfen Schweiß, der in Hütten fällt und Mühlen!“ — folgt die Mahnung: „Doch auch dessen, der mit Schädell und mit Hirn hungernd pflügt, sei nicht vergessen!“

Die Handarbeiter sollen es wirklich nicht vergessen! Nach wie vor werden wir uns wie für die Hebung der Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen im besonderen, so auch für die Verbesserung der Existenzbedingungen der Beamten der unteren und mittleren Gruppen in erster Linie einsetzen, ohne Rücksicht darauf, wie die Masse der Beamten sich aus mangelnder Aufklärung verhält. Die Beamten haben das Koalitionsrecht erst seit wenigen Jahren. Die Arbeitnehmerschaft freilich auch erst postum seit der Abschaffung des § 153 GG., aber sie konnte doch einige Jahrzehnte früher davon Gebrauch machen. Trotzdem heute auch dem geistig schwerfälligen Arbeiter der Organisationsgedanke geläufig sein dürfte, der Solidaritätsbegriff den Streikbrecheregoismus vollständig verdrängt haben dürfte, stehen wir doch heute noch vor der Tatsache, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiter nicht weiß oder wissen will, was er zu tun hat. Wie kann es da bei den Beamten besser bestellt sein, von denen viele Produkte einer langjährigen „Erziehung im Reformgeist“ sind, der in die Amtsstuben übertragen und hier traditionell weitergelehrt und gepflegt wurde. Welcher einsichtige Handarbeiter glaubt denn, daß wir die Beamten für den Sozialismus gewinnen, wenn wir sie „links liegen lassen“?

Vor uns liegt der Gehaltszettel eines Beamten der Gruppe III vom 1. Juli 1924. Das Gehalt beträgt monatlich 80 M., wozu ein Ortszuschlag von 26 M. kommt und weitere Zuschläge von 15,80 M., insgesamt 121,80 M., davon gehen 10,70 M. Abzüge ab, bleiben 111 M. 10 Pf. für den ganzen Monat. „Doch von diesen 111 M. noch das Zeitungsabonnement für den „Vorwärts“, Partei-, Verbands- und Feuerbestattungsbeiträge abgehen, sei nur nebenbei bemerkt. Wenn wir Beamte um 3 und 3/4 Uhr unsere Dienststelle verlassen, dann haben wir mindestens unseren Dienst um 6 Uhr begonnen und haben ohne „angelegte“ Pause durchgearbeitet. Auch für die mittleren Beamten besteht die auf dem Verordnungswege eingeführte neunstündige Arbeitszeit.“

Kurzum: Wir werden nach wie vor für die im Afl-B. organisierte Beamtenschaft eintreten und damit auch für die von ihr erhobenen Forderungen.

Wie heute Schiedsprüche gefällt werden.

Wir teilten vor einigen Wochen mit, daß die Firma Kron in Charlottenburg die gesamte Belegschaft ausgespart hat, weil einige Gruppen, so die Mechaniker und die Werkzeugmacher, in der tariflosen Zeit, in der die Metallindustrie Berlins sich jetzt befindet, Lohnforderungen gestellt hatten. Der Schlichtungsausschuß hat sich nunmehr in der vorigen Woche mit dem Streikfall beschäftigt und einen Spruch gefällt, der die gleichen Bedingungen enthält, wie der seinerzeit für die BWM-Betriebe gefaßt. Es wiederholt sich also auch hier der Fall, daß der Schlichtungsausschuß es nicht wagt, über die von den Unternehmern tariflich zu bestimmenden Lohnsätze hinauszugehen, obwohl den qualifizierten Arbeitergruppen schon längst viel höhere Löhne gezahlt werden. Die Belegschaft hat sich mit dem Schiedspruch vorläufig abgefunden. Die Firma wird durch die Maßregelung der Funktionäre nicht den Erfolg haben, den sie sich verspricht. Die Arbeiterschaft hat durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenhalt während des Kampfes bewiesen, daß sie es nicht zuläßt, daß die Organisation im Betriebe zertrümmert wird. Die Maßregelung der Funktionäre wird die Belegschaft nur zu neuer Organisationsarbeit anspornen. Ehe denn die Firma Kron wieder ein Lätzchen wagt, wird sie es sich zweimal überlegen.

Das Wettrennen.

Berlin, 10. Juli. (U.) Der Arbeitgeberverband für die Metallindustrie Deutsch-Obereschlesiens hat den Gewerkschaften mitgeteilt, daß ab 1. August die Löhne in den Hüttenbetrieben um zwanzig Prozent gekürzt werden; und daß die Deputatskölle fortfallen soll. Der Durchschnittslohn eines Facharbeiters beläuft sich danach auf 35 Pf. für die Stunde. Die Industrie begründet die Herabsetzung der Löhne damit, daß sie ihre Wettbewerbsmöglichkeit wieder herstellen müsse, die zurzeit nicht bestehe. Der Preis für englisches Eisen frei Obereschlesien sei so niedrig, daß er kaum die Höhe der Herstellungskosten in Obereschlesien erreiche! *

In Deutsch-Obereschlesien wurde vor einigen Wochen die Arbeitszeit verlängert. Darauf erklärten die Unternehmer in Polnisch-Obereschlesien, sie müßten, um gegenüber Deutschland konkurrenzfähig zu sein, die Arbeitszeit verlängern und die Löhne herabsetzen. Jetzt kommen wieder die Unternehmer in Deutsch-Obereschlesien und erklären (siehe oben). Wen glaubt man mit dieser Komödie noch täuschen zu können?

Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Moskau, 9. Juli. (OE.) In der Eröffnungssitzung des Kongresses sprach Tschurin im Namen der kommunistischen Internationale: Der Weg der Roten sei die Gewinnung der Massen durch die Gewerkschaften; ihre Lösung heiße: „Heran an die Massen! Die Gewerkschaftsbewegung müsse in den Dienst der Machteroberung gestellt werden.“

Tschurin ist offenerzig. Nicht zur Sicherung und Hebung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften da, sondern sie sollen im Dienste der kommunistischen Partei dieser helfen, die Macht zu erobern. Darum, nur darum: „Heran an die Massen!“

Warnung vor Arbeitsangeboten nach Griechenland. Seit dem 1. Juli 1924 ist in Golo, Griechenland, ein allgemeiner Streik ausgedehnt. Die Unternehmer suchen in Deutschland Streikbrecher für Golo. Solange der Streik dort besteht, ist jeder Zugang nach Griechenland fernzuhalten. Arbeiter oder Streikbrecher, welche sich nach dort begeben, setzen sich den größten wirtschaftlichen Gefahren aus, wenn sie ein Arbeitsangebot annehmen.

Die Metallarbeiter und Polier der Gosh-Berlins des BWM, veranlassen am Sonntag in den Besamträumen des Victoria-Gartens (Zuh. Franz Rühl) ein Treffen. Am Treffortort Part 25-26, ein großes Sommerfest, verbunden mit Konzert, Männerchor und Vorträgen; auch Kinderbelustigungen aller Art. Im Saal großer Ball. Eintritt inkl. Steuer 6 Pf. Anfang 4 Uhr. Freunde und Gönner sind eingeladen.

Gewerkschaftsabend, Fachgruppe Glaser. Montag abend 7 Uhr Mittelsbergsammlung im Gewerkschaftsclub. Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung, Anträge zum Verbandstag, Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. In dieser wichtigen Versammlung muß jeder Redner erscheinen. Die Mitgliedsblätter sind vorzuliegen. Ohne diese kein Zutritt. Wer länger als 4 Wochen im Rückstand ist, verliert sein Stimmrecht.

Bezugspreise! Die Tarifverträge, gültig ab 1. Juli, sind im Verbandsbüro des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zimmer 20, öffentlich erhältlich.

Bezugspreise! Die Tarifverträge, gültig ab 4. Juli, sind im Verbandsbüro des BWM, Zimmer 20, öffentlich erhältlich.

Wichtige Kundennachrichten in den BWM-Betrieben! Der Tarifvertrag über Regelung der Auslassungsfrist bei Augenmonaten, gültig ab 7. Juli 1924, ist im Verbandsbüro des BWM, Zimmer 20, öffentlich erhältlich.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Caterina; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Höfner; Redaktion: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Reichs-Rath; Anzeigen: H. Glöde; Familien in Berlin: Berlin: Bornstraße-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornstraße-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin O.S. 66, Lindenstraße 4, Seite 2 Beilagen.

Ein Fliegerlager am Ostseestrand.

Jetzt Kinderheim der Stadt Berlin.

Zwischen Berlin und Köslin laufen bekanntlich viele Züge hin und her. Das ist an sich nichts Besonderes. Aber zuweilen führen diese Züge einige Wagen mit sich, die eine lustige, schwärmende Kinder-Gar tragen, die entweder hinauszieht an die brauende Ostsee oder aber mit gebräunten Wangen, an Leib und Seele erschöpft, zurückkehren in ihre Heimat von Stein, über die sich ein rauchgeschwärzter Himmel hinzieht und in der nichts von der einfachen, gefunden Fröhlichkeit zu spüren ist, die am Ostseestrand zu finden war.

Die Lagerstadt.

Fünfundzwanzig Kilometer weit fährt die elektrische „Strandbahn“, die Köslin mit dem bescheidenen Fischerdörfchen Nest verbindet. Zehn Minuten Fußweg von der Endstation dieser Strassenbahn, die durch schöne Wiesen rund um den großen Jamunder See fährt, lag früher ein großes Fliegerlager. Flugzeughallen, Baracken, Flugzeuge, Soldaten, Kommandotone, Kasernenhofdrill kennzeichneten noch vor wenigen Jahren dieses Fleckchen Erde. Heute tummeln sich hier die Kinder aus der Großstadt. Saubere, fröhliche Kinder empfangen mit Gesang ihre neuen Kameraden und geleiten sie in das ehemalige Fliegerlager, das nun zu einem Kinderheim der Stadt Berlin geworden ist. Auf einer schmalen, nur 1/2 Kilometer breiten Landzunge, die von der Ostsee und dem Jamunder See eingegrenzt ist, erstreckt sich die Lagerstadt, die aus 28 Baracken und einer großen Halle, die als Speisehaal dient, gebildet wird. Weisse Wiesenplätze zwischen den Baracken, die nur als Schlafräume dienen und einfach, aber zweckentsprechend und sauber eingerichtet sind, lassen nicht ahnen, daß hier an tausend Kinder vereinigt sind, die in

einer Umgebung, in der Wald, Wiese und Düne, sowie Salz- und Süßwasser zusammentreffen, den rechten, ihrer Jugendlust entsprechenden Tummelplatz gefunden haben. Bald nach der Ankunft haben die Kinder ihre Wohnung gefunden, in der sie nun 4 bis 6 Wochen lang ein fröhliches und wahrhaft demokratisches Gemeinschaftsleben führen.

Gemeinschaftsarbeit.

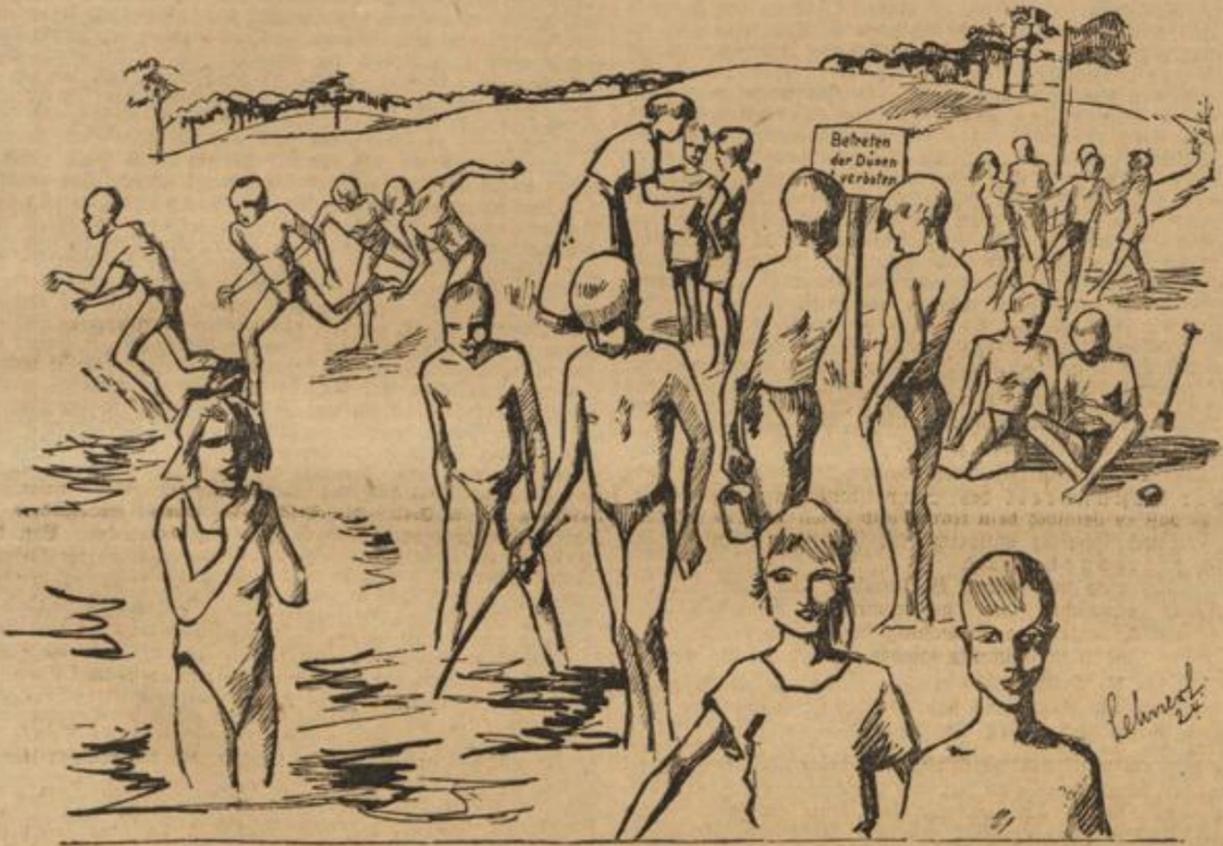
Es gibt Eltern, die nicht zulassen, daß ihre Kinder in der Wirtschaft, ihren Kräften entsprechend, helfen. Hier in Nest halten die Kinder ihre Baracken selbst in Ordnung, und es ist eine Strafe, von der Gemeinschaftsarbeit oder auch vom Gemeinschaftsspiel ausgeschlossen zu werden. Die Kinder machen des Morgens ihre Betten, sie fegen die Räume aus und sorgen dafür, daß ihr Heim stets wohnlich ist. Diese Arbeit wird stolz und gern geleistet. Dann aber ist der ganze Tag der Erholung und dem Spiel gewidmet. Prächtig ist das Treiben, das sich morgens nach dem Aufstehen entwickelt. Einige Kinder tragen Bänke zur Bumpo, die anderen bringen Waschschüsseln mit. Dann fliegen die Hemden herunter und draußen in freier Luft wird der Körper gewaschen, daß es eine Lust ist. Schnell gewöhnen sich die Kinder an diese Art sich zu waschen, die den Körper abhärtet. Wehe dem, der nur „Kopfwäsche“ macht, d. h. ein wenig das Gesicht, ein wenig die Hände feigen wollte. Nach dem Waschen holen einige Kaffee und Semmeln herbei, die bei schönem Wetter im Freien verzehrt werden. Im ganzen gibt es fünf Mahlzeiten am Tage. Zum Mittagbrot erhält jedes Kind so viel, als es essen mag. Diese Mahlzeiten prägen geradezu dem Beber im Kinderheim den Stempel auf. Nach dem Mittagessen gibt es einige Stunden Betruhe. Gerade dieser Wechsel

zwischen Spiel und Ruhe bringt die gesuchte Befundung. Wenn die Sonne dem Wasser genügend Wärme mitgeteilt hat, erlaubt der Heimarzt das Baden in der See. Dann strömen die munteren Scharen über einen schmalen Boh in der Düne hinunter zum Strand, den bald ihr Juchzen erfüllt. Durch vernünftig betriebenes Baden wird die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen viele schädliche Einflüsse, die zu Krankheiten, Siechtum und Tod führen können, erhöht. Nur das ist bedauerlich, daß der Aufenthalt der Kinder auf 4 bis 6 Wochen beschränkt werden muß, um recht vielen die Wohltat eines Aufenthaltes in gesunder Umgebung unter sachgemäßer, vorbildlicher Leitung zu ermöglichen. Neben Spiel und Sport und anderer Tätigkeit gibt es auch eine Art von Gemeinschaftsschulunterricht, bei dem das Kind, ohne das Lernen als Arbeit zu empfinden, mit der Eigenart der deutschen Ostseelandschaft, dem Treiben der Bewohner, dem Tier- und Pflanzenleben vertraut gemacht wird. Bei schlechtem Wetter würde eine Bibliothek, die für Kinder geeignet ist, gute Dienste leisten. Leider fehlt es hieran. Es gibt sicherlich genügend menschenfreundliche Helfer, die aus dem Schatz ihrer Kinderbücher einiges für die Schaffung einer guten Bücherei in Nest beisteuern könnten. Das Heim untersteht der Leitung des Herrn Stahlberg, eines erfahrenen Pädagogen, der mit großer Hingabe an der Ausgestaltung des Ganzen arbeitet und in dieser Hinsicht von etwa 40 Helfern und Helferinnen, zum Teil Junglehrern ohne feste Stellung, unterstützt wird. Sie leisten hier in aller Stille eine Arbeit, die viel Selbstverleugnung und harte Selbstsucht erfordert. Die fröhlichen Kinder, die oft hier erst das Lachen lernen, stellen ihrer Arbeit das beste Zeugnis aus.

Berlins neuestes Kinderheim.

Am letzten Sonntag dieses Jahres wurde nur 35 Kilometer weit von Berlin entfernt ein neues Kinderheim der Stadt Berlin eröffnet. Es hat seinen Stand ebenfalls in einem früheren Militärlager gefunden, es ist im früheren Offizierskasino des großen Joffen-Lagers untergebracht. Die Stadt Berlin hat hier in herrlicher Waldumgebung eines ihrer schönsten Heime. Vielen Eltern liegt es „viel zu nahe bei Berlin“. Das ist törichte Voreingenommenheit, die durch die Kinder, die hier weilen, am besten widerlegt wird. Ganz wunderschöne Schlafräume, wie sie nicht schöner, lustiger und saubere gedacht werden können, nehmen die vom Spiel ermüdeten Kinder des Nachts auf. In hygienischer Hinsicht ist alles auf das einwandfreieste gestaltet. Das Heim untersteht der Leitung einer geschulten Schwester — Fräulein Grösse —, die über viele Erfahrungen verfügt und es versteht, die kleinen Pflegebefohlenen in Zucht und Ordnung zu halten, wie es eine gute Mutter nur tun kann. Die Nähe von Berlin mag bei vielen Eltern den Wunsch erzeugen, ihre Kinder hier zu besuchen. Das ist aus mancherlei gerechtfertigten Gründen nicht gestattet. Nur am Tage der Entlassung sollen die Eltern Zutritt zu dem Heim erlangen. Augenblicklich sind etwa 50 Kinder der Arbeiterwohlfahrt und 50 Kinder, für die die Old Fellow Lodge die Kosten trägt, dort untergebracht. Die letzterwähnte Vereinigung hat sich die sehr dankenswerte Aufgabe gestellt, ständig 50 Kindern die Wohltat eines solchen Ferienaufenthaltes zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang mag noch erwähnt werden, daß auch in Nest an der Ostsee eine größere Zahl von Kindern untergebracht war, die durch die wahrhaft aufopferungsvolle Arbeit des Arbeitskreises Jungfrauen, der die Selbsthilfe der Jugend fördern will und in der Schmidstraße 37 sein Hauptquartier hat, einige Wochen am Ostseestrand verbringen durften.

Wer das große Bogis bei Joffen besucht und dort die hübschen massiven Häuser sieht, dem drängt sich zwangsläufig nach ein Gedanke auf, den die maßgebenden Stellen einer ernsthaften Würdigung wert halten sollten. Statt täglich tausende von Kindern während der Ferien auf die Anwesenheitsplätze zu befördern, könnten die prächtigen Untertunftsräume, die hier zur Verfügung stehen, die Berliner Jugend in dieser Zeit aufnehmen. Könnte dieser Gedanke verwirklicht werden, so hätte die Stadt Berlin damit ihre bisherige Wohlfahrtsarbeit mit einem vorbildlichen Werk gekrönt.



Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahka.

Zu lange schon war er auf der einen Spur gegangen, auf einer schönen Spur, gewiß, doch nun seine Venus wohlverwahrt unten beim alten Gagini stand, hatte sein Herz Ruhe. Ruhe? Ja, so sagt man wohl. Drei, vier Tage, eine Woche lang hat es vielleicht Ruhe, dann wirft es sich wieder ins Leben hinein, in die Welt. Irgend etwas mußte es lieben, verdammten, ersehnen. Es ist nun einmal ein Herd der Unruhe.

Etwas so dachte Renzo, und seine Gedanken freuten ihn. Er wollte noch unendlich viel!

Singend und pfeifend fuhr er mit einem kleinen, grellgelben Eselwagen die breite, sehr helle Landstraße hinauf. Und immer wieder, zumal an den Biegungen, die üppige Brunnen schmückten, stand er hoch aufgerichtet da, vergaß seinen Singklang und rief begeistert, wie einst, als er von Neapel kam: „Conca d'oro, conca d'oro!“

Jetzt lag sie geöffnet unter ihm, in der Pracht ihrer dunkelgrünen, golddurchwirkten Haime, blumenüberschüttelt, im lautersten Licht der immer glühender werdenden Sonne. Glanz und Duft, wohin er sah! Gestein wie in Silber getrieben, hoch hinauf, und in Rinnen und Furchen farbige Kaskaden. In der Ferne opalisierende Täler, über die silberne und kupferig leuchtende Zaden und helle Gebirgszüge schimmerten.

Und immer wieder das Meer, das tiefe blau-blaue Meer, mit Segeln wie spielende Röhren.

„D, conca d'oro!“ Renzo hatte ein glückliches, leichtes Herz. Er ließ gern zurück, was im Tale wohnte! Via, Bianca, Marcella, Fiametta — ja, Fiametta!

War sie nicht zuguterletzt lässig geworden? Immer gab es irgend etwas zu bohren, zu forschen. Eine rechte Mücke vorm Ohr war sie.

„Frei, frei, frei!“ Renzo rief es in die Welt hinaus, in die ganze Welt!

Hier oben war sie groß und anmutig zugleich. Zu seinen Füßen lag sie. Er war unbändig glücklich.

Aus den schmalen alten Gebäuden Monreales, neben denen kräftiges, fast starres Grün hinwegsaß, bis die Häuser sich eng, wie zusammengepreschmet, aneinanderschlossen, wuchs der großartige normannische Dom, mit seinen strengen, einfachen Linien.

Doch Renzos Herz fühlte schon die orientalische Pracht, die bunten Mosaiken auf goldenem Grund, den Marmor, die riesigen schlanken Säulen im Innern dieser Kirche, die in ihren Raumverhältnissen so einfach und vollkommen schön war.

Und an diesem erhabenen Dome das Benediktinerkloster mit seinem herrlichen Kreuzgang, in dessen Mitte ein stillträumender Garten liegt.

Ja, Gagini, das war der rechte Meister, der mußte, wo seinem Schüler die Sonne schien.

Schüler? War er noch Schüler? Nein! Hatte der Alte jemals einen Kopf geschaffen, wie er ihn schuf? Livias Kopf. Schöne Livia!

Was für eine Bein war es doch, ein Kunstwerk gestaltet zu haben und es ängstlich verbergen zu müssen!

Sollte das noch lange so fortgehen?

Vielleicht — wenn der Abt im Kreuzgang wandelte — würde er einmal ganz erscheinen zu ihm hingehen und ihn fragen, ob er sein Herz erleichtern dürfte.

Eigentlich war es ihm ja nicht schwer; aber wenn der Abt ihn freisprach, ein gutes Wort für ihn einlegte — vielleicht! Er sah seine Venus in Taormina stehen, in Neapel, in Rom gar!

Doch erst einmal arbeiten, mit Kraft und Freude! Erst sollte Vater Matteo spüren, was er konnte, er, der junge Renzo, der hoch über seinen Meister hinaufflog.

In seligster Laune, in Gedanken sich in Erfolgen wiegend, lenkte Renzo seinen gelben Karren dem Kloster zu.

13.

Nach einem langen, süß-schweren Gastmahl hörte Carlo Fratelli zuerst den Namen Gagini.

Man sprach hin und her über Kunst, zumal über Valermos Bildhauer. Gagini? Nun, das mußte er sich merken. Er hatte zwar die reizende Nire bestellt, doch ein Kunstwerk vom berühmtesten Bildhauer Siziliens, das war etwas — das hatte nicht ein jeder in Rom.

Der berühmteste Deutsche — der berühmteste Bildhauer Siziliens — der Bildhauer würde ja nicht auch schon tot sein wie jener Deutsche. Da ließ sich gewiß etwas machen.

Fratelli mißachte sich nicht erst lange in dieses Gespräch, er beschloß, Antonio Braconieri zu fragen. Der kannte ja alle Welt.

Und richtig, als er seinem neuen Freund so beiläufig von einem Bildhauer Gagini sprach, da jagte Braconieri ohne

Zögern: „Ah — so — Gagini! Der wohnt im Palazzo Bigliena.“ Und dann ging er zu einer Schiffsladung über.

Das war Fratelli sehr angenehm, denn er wollte diese Angelegenheit ganz still, gleichsam unter der Hand, abmachen. In geschäftlichen Dingen ist vieles Reden vom Uebel, das war sein alter Grundsatz.

Dieses Mal tat er nicht wohl daran, denn selbst Braconieri hätte ihm sagen können, daß der wahre Gagini schon längst in einer Welt lebte, die man ohne jede Kenntnis stets die bessere nannte, während der biedere Meister im Palazzo Bigliena sich nur rühmen konnte, zufällig denselben Namen zu tragen, im übrigen aber auf ziemlich niedrigen und staubigen Pfaden wandelte.

Fratelli jedoch kam sich wie ein recht schlauer Mann vor, als er kurz darauf in die Via Bandiera einbog.

Der Palazzo war leicht zu finden. Zwar wunderte es Fratelli einigermaßen, was er sich zunächst durch die vierzehn lärmenden Kinder des Deshändlers Campofiori hindurchwinden mußte, und auch der Binnenhof mit der statternden Wäsche, den bunten Fegen auf den Rändern der Altanen, den vielen Gewerbetreibenden und den durcheinanderschwingenden Liedern schien ihm kein passender Ort für den berühmtesten Bildhauer Siziliens zu sein — wohlgerneht: so lange es Kunst auf Sizilien gab! — Dennoch, man konnte auch immer wieder hören, daß diese Künstler (ein abseitiges Volk!) ihre besonderen Launen hätten. Diesen gelüstete es eben nach dem Dzon des Volkes. Gut, man mußte Verständnis dafür zeigen.

Wohlwollend wiegte er über den Platz dahin, von allen angestaunt.

Fiametta lehnte über einer Brüstung. Der Bildhauer Gagini? O ja! Einer der Brüder Falconi, der gerade seinen Wagen säuberte, flog Fratelli voran.

„Gagini, der Meister, der Stolz!“ rief Falconi, seine anderen Worte verschlang das Haus.

Gagini, der in einem nach dem Hofe zu offenen, jetzt zum Teil verhängten Raume arbeitete, kam dem Fremden höflich entgegen.

Fiametta war von der Altane verschwunden, schlängelte sich über den Hof, bis zur Tür des Meisters hin.

Wenn ein Fremder kam und dazu noch ein so respektabler Mann, so hing das sicherlich irgendwie mit Renzos Nachwerk zusammen, mit diesem Weibe, das jetzt hinter dem Verschlage stand. Sie würde Augen und Ohren offen halten, das war sicher. (Fortsetzung folgt.)

Vor der Ernte.

Sonnenwärme und warmer Regen haben die Natur zu einem Bräutigam geführt, das den Höhepunkt der schönen Jahreszeit bedeutet. Noch fahren die Wagen auf dem Damast der Wiesen die reiche Fülle köstlichen Heus ein und schon sieht man die Kebern des Roggens sich gelb färben, und in wenigen Tagen werden uns die ersten Stoppeln begrüßen. Aber vorher können wir uns noch der Poesie der Ernte erfreuen. Freilich, wer mitarbeitet, wenn die Sonne so recht heiß scheint, empfindet mehr die Last als die Lust, aber jeder sagt sich, besser in ein paar Tagen im Schweiß eine reiche Ernte herbringen, als bei kaltem Wetter eine spärliche.

Die Roggenernte verspricht gut zu werden, lange Halme und volle Ähren geben reichen Ertrag an Stroh und Korn. Auch der Hafer, in vielen Jahren, namentlich in der Kriegszeit, das Stiefel auf dem trockenen Brandenburger Boden, steht zur Zufriedenheit: es wird also volle Scheunen geben. Wenn die Sense schneiden und die Garben gebunden werden, pflegt man gern einen Gang auf dem Feldweg zu machen, der uns durch die Weiden führt. Die alte Sitte des „Bindens“ der Vorübergehenden — die sich dann „Loskaufen“ müssen (früher gab man einen Taler) — ist wohl nur noch da üblich, wo alte Beziehungen zwischen den Schmittlerleuten und den Pflanzern bestehen — ein Fremdling würde heute die Armbier von goldenen Hammen und die gereimte Ansprache wohl als „Belästigung“ empfinden. Schade, es war ganz nett, wenn eine dralle Dirn an einem herantrot und ihre Augen weiter dem schügenden Kopf nach leuchteten als des Bergmügens, dem Gott auf dem Felde die Ehre des Bindens zu erwählen.

Die ersten Kartoffeln sind da, das Frühgemüse zeigt bestes Wachstum, hoffentlich gibt es diesmal auch eine Tomaten-, vor allem Gurken- und Kürbisernte. Das Beerenobst, Stachel- und Johannisbeeren, liefert schon Ertrag, die Süßkirchen haben vielfach ihre Schuldigkeit schon getan; die Ernte an Sauerkirschen scheint weniger zufriedenstellend auszufallen. Auch Pflaumen, Äpfel und Birnen lassen vielfach zu wünschen übrig. „Aber sie haben doch so reich geblüht“ — wirft der Laie wohl ein. Stimmt, aber die Zeit der Befruchtung durch Wind und Bienen war zu kurz, da bleibt manche Blüte taub und liefert keine Frucht. In Süddeutschland soll es besser sein, so daß hoffentlich ein Ausgleich entsteht. Aber im ganzen: bis jetzt ein gutes Jahr.

Lügen ohne Ende.

Zum Abbau der Bezirksämter.

Die bürgerliche Presse kann in ihrem Kampf gegen die verhasste Sozialdemokratie ohne die täglichen Lügen nicht auskommen. Neuerdings geht sie andauernd wider besseres Wissen mit der Behauptung hausieren, in den Bezirksämtern würde der Abbau vom Berliner Magistrat verhindert.

Die Rechtspresse, die diese Lügen verbreitet, weiß natürlich ganz genau, daß ihr demagogisches Gezeir über die gemeinen Sozialdemokraten, die sich angeblich diebstahl treuen, wenn die armen Unterbeamten, für die die Rechtspresse so fürchtbar große Sympathien an den Tag legt, abgebaut werden, und die selber ihre Oberbänke im Magistrat und den Bezirksämtern nicht abbauen wollen, lediglich selbstverliebten Wahlzwecken dient. Es muß eben seine gelogen werden. Etwas bleibt ja immer hängen. Vielleicht begreift selbst ein auf kommunalpolitischem Gebiet so schwerfälliges Blatt wie die „Zeit“ nun doch allmählich, was los ist, wenn wir noch einmal mitteilen: Der Magistrat hat beschlossen, daß in den Bezirksämtern durchschneidlich zwei Stadträte abgebaut werden. Einige größere sollen drei und zwei kleinere einen Stadtrat abbauen. Der Magistrat hat nur mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien der Stadtverordnetenversammlung diesen Beschlus der gemischten Deputation für die Organisation Groß-Berlin vorgelegt. Wir möchten das Geschrei nicht erleben, das dieselben Zeitungen, die jetzt über angebliche Verschleppungen des Abbaus zetern, über den Magistrat anstimmen würden, wenn er diesen Weg der Vorlage an die gemischte Deputation nicht beschreiten würde. Für die Rechtspresse gilt eben die Parole: es muß unter allen Umständen gezeirert werden. Je mehr dabei verleumdet werden kann, um so besser ist es.

Zu der üblichen Verleumdung gehört auch die immer wiederkehrende Behauptung, der Abbau des zentralen Magistrats würde verhindert. Noch kein bürgerliches Blatt hat bisher den Mut gehabt zuzugeben, daß dieser Abbau nach den Erfordernissen der Personalabbauverordnung bereits erfolgt ist. Von 18 beidseitigen Mitgliedern des Magistrats sind ausgeschieden: die Stadträte Horten, Hänge, Hoffmann, Rabnow und Weise. Wenn die bürgerlichen hätten sparen wollen, brauchte auch die Stelle des Bürgermeisters nicht neu besetzt werden. Aufs Sparen kam und kommt es den Bürgerlichen aber gar nicht an. Ihnen kommt es darauf an, die Sozialdemokratie auszuschalten und reaktionäre Verwaltungsbeamte an die Stelle zu setzen. Das ganze Geschrei über angebliche Verhinderung des Abbaus hat nur den einen Zweck, den Dummen, die nicht alle werden, Sand in die Augen zu streuen und die eigenen Ziele zu vertuschen.

Ein Todesopfer der Fleischvergiftung.

Wie wir erfahren, ist jetzt der 42 Jahre alte Maurer Gustav Zoch, der im Urban-Krankenhaus Aufnahme gefunden hatte, infolge der Fleischvergiftung gestorben. Zoch, dessen Wohnung sich in Neukölln, Thüringer Straße 22, befindet, hinterläßt neben seiner Frau auch ein Kind.

Der in unserer Ausführungen in Nr. 315 genannte Stiefmutter-Ortmann, der beschuldigt wird, ein an Rotlauf erkranktes Schwein geschlachtet und das Fleisch an den Gastwirt Haase verkauft zu haben, schreibt uns, daß er wohl ein Ferkel geschlachtet habe, das aber nicht an Rotlauf litt, sondern gesund war. Der Beweis kann durch Zeugen, die davon gegessen haben, erbracht werden. Er befreit ganz entschieden, an Haase irgendein Stück von dem Fleisch verkauft oder verschenkt zu haben.

Langfinger in den Freibädern.

Die Diebstähle in den Freibädern häufen sich auch in diesem Sommer wieder erschreckend. Erst in den letzten Tagen sind bei der Kriminalpolizei wieder 30 Anzeigen eingegangen, acht Männer wurden ihrer ganzen Kleidung beraubt. Sie liefen nur mit der Badehose bekleidet im Wald umher und wußten nicht, was sie beginnen sollten, bis mit Hilfe der Polizei ihre Angehörigen benachrichtigt wurden und ihnen andere Kleidung brachten. Am schlimmsten geht es an den freien Bädern zu, die außerhalb der genehmigten Freibäder viel benutzt werden. Hier ist nicht die geringste Aufsicht vorhanden, und auch die Badenden selbst kümmern sich an diesen Stellen am allerwenigsten um ihre Sachen. So haben die Diebe leichtes Spiel. Aber auch in den genehmigten Freibädern machen sie gute Beute. Hier arbeiteten sie auch wieder mit dem bekannten Trick, daß sie einen Badegast bitten, ihre Sachen in seinem Schrank mit aufzunehmen, weil alle Schränke schon besetzt seien. Auf irgendeine Weise machen sie sich dann, während sein Inhaber im Wasser wagt, an den Schrank heran und stehlen heimlich die Kleidung ihres Gastgebers, nachdem sie vorher ihre eigenen Sachen weggeschafft haben. So fallen ihnen auch erhebliche Werte in die Hände. Im Kavalierebad am Wannsee blühte gestern ein Badegast seine goldene Uhr im Becken von 1500 Goldmark ein. Erhalte sie in seiner Zelle in die Tasche seines ausgezogenen Rockes gesteckt. Als er diesen wieder anzog,

war sie verschwunden. Die Uhr trägt im Inneren der Kapfel die Aufschrift: Loubillon, Prost in Weip. In Oberschöneweide wurden einem jungen Manne außer seinen Verlöbten auch alle Papiere gestohlen. Aber auch an anderen Stellen „arbeiten“ die Langfinger immer noch fleißig. Im Bureau des österreichischen Konsulats in der Bendlerstraße wurde gestern einem Herrn die Brieftasche aus schwarzem Leder mit 600 Rentenmark, 15 Schweizerfranken, 4000 österreichischen Kronen und allen Ausweispapieren gestohlen. Auf der Fahrt von Königswusterhausen nach Berlin in einem Abteil 5. Klasse wurde einem Schuhmacher seine goldene Savonnette, Uhr gestohlen mit der Widmung: „Für treue Dienste 1887—1919.“ Mitteilungen zur Aufklärung der Diebstähle an Kriminalkommissar Dr. Riemann im Polizeipräsidium.

Bahnhofsumtaufen.

Einen ungewöhnlichen „Reformmeister“ zeigt die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn. Sie gibt sich Mühe, für ihre Bahnhöfe passendere Namen auszusuchen. Freilich hat sie dabei nicht immer viel Glück.

Auf der Untergrundbahn wurden schon bei Eröffnung der ihr in Betriebsgemeinschaft angegliederten Nord-Südbahn ein paar Bahnhöfe umbenannt. Der alte Untergrundbahnhof „Friedrichstraße“ erhielt die Bezeichnung „Leipziger Straße“, obwohl er im Zuge der Mohrenstraße liegt. Den Namen „Friedrichstraße“ durfte er nicht behalten, weil Verwechslungen mit dem neuen Nord-Südbahnhof „Bahnhof Friedrichstraße“ möglich waren. „Leipziger Straße“ nannte man ihn, weil er mit dem Nord-Südbahnhof „Leipziger Straße“ durch den Umsteigetunnel in Verbindung gebracht worden war. Weil hiernach aber Verwechslungen mit dem alten Untergrundbahnhof „Leipziger Platz“ möglich waren, wurde dieser in „Potsdamer Platz“ umgetauft. Jetzt plant die Direktion noch ein paar andere Umbenennungen. Die ihr notwendig scheinen. Der Untergrundbahnhof „Leipziger Straße“ soll, weil er nicht in der Leipziger Straße liegt, seinen neuen Namen nicht wieder hergeben. Auf den alten Namen „Friedrichstraße“ könnte man natürlich nicht mehr zurückgreifen, seitdem die Nord-Südbahn eröffnet ist und die von ihr durchzogene Friedrichstraße fünf verschiedene Bahnhöfe hat. Beabsichtigt wird, dem Untergrundbahnhof „Leipziger Straße“ den Namen „Friedrichstadt“ beizulegen. Der Vorschlag ist nicht übel, da dieser Bahnhof ungefähr in dem verkehrsdurchfluteten Mittelpunkt der Friedrichstadt liegt. Ein Untergrundbahnhof „Friedrichstadt“ könnte besonders den Fremden die Orientierung erleichtern. Wir nehmen an, daß dann auch der mit ihm in Verbindung stehende Nord-Südbahnhof „Leipziger Straße“ den Namen „Friedrichstadt“ erhalten soll.

Bedenken sind nur aber bei der Direktion wieder wegen des Nord-Südbahnhofes „Bahnhof Friedrichstraße“ entstanden. Sie fürchtet wohl, daß es zu Verwechslungen mit dem Bahnhof „Friedrichstadt“ kommen könnte. Die Bezeichnung „Bahnhof Friedrichstraße“ soll, wie verlautet, durch „Weidendammer Brücke“ ersetzt werden. Ausgerechnet „Weidendammer Brücke“! Rein, das wäre denn doch ein schlechter Tauch, bei dem das Verkehrsinteresse wirklich nicht gefördert würde. Für den Verkehr der Millionenviertel Berlins bedeutet die Weidendammer Brücke wenig, aber sehr viel der Stadtbahnhof Friedrichstraße. Die bisherige Bezeichnung „Bahnhof Friedrichstraße“ dient sich für den Nord-Südbahnhof von selbst auf, weil dieser mit dem Stadtbahnhof Friedrichstraße in bauliche Verbindung gebracht worden ist. Der Stadtbahnhof Friedrichstraße ist ein Verkehrsmittelpunkt, den ein Verkehrsinstitut, wie die Nord-Südbahn, nicht unterlassen kann. Man verlohne uns mit dem Bahnhofnamen „Weidendammer Brücke“! (Warum sagt man übrigens sogar amtlich „Weidendammer Brücke“ statt „Weidendammerbrücke“?) Man gönne dem Nord-Südbahnhof seinen Namen „Bahnhof Friedrichstraße“, der auch als gutes Mittel der Orientierung dient. Da wollen wir schon lieber die nicht große Gefahr einer Verwechslung mit dem Bahnhof „Friedrichstadt“ in den Kauf nehmen.

Besser ist eine andere Umbenennung, die gleichfalls beabsichtigt wird. Der Hochbahnhof „Stralauer Tor“ soll künftig „Osthafen“ genannt werden, weil er am Osthafen liegt. Hier hat die Rücksicht auf den Verkehr, der vom Osthafen beherrscht wird, den Ausschlag gegeben.

Telephonwucher.

Die für die Geschäftswelt wichtige Frage, ob ein Telephonwucher rechtlich möglich ist und unter welchen Voraussetzungen es zu bejahen ist, gelangte gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Entscheidung. Der Filialleiter einer Zigarettenhandlung hatte für Benutzung des in seinem Geschäft vorhandenen Telefons von seinen Kunden 20 Pf., von Nichtkunden 40 Pfennige für das Gespräch verlangt. Er war deshalb wegen Leistungswucher angeklagt worden. Rechtsanwalt Dr. Theiler bestritt, daß eine Leistung des Angeklagten in Frage käme. Rechtlich läge eine Abtretung der Rechte aus den von dem Geschäftsinhaber mit dem Postamt abgeschlossenen Telephonverträgen an den Kunden vor, was als Leistung im Sinne der Leistungswucherbestimmungen nicht aufzufassen sei. Der Angeklagte sei auch berechtigt gewesen, eine Risikoprämie einzurechnen, da erfahrungsgemäß vielfach Falschverbindungen stattfinden und dann nochmals eine Verbindung verlangt werde. Da der Geschäftsinhaber nicht immer in der Lage sei, die Gespräche der Kunden zu kontrollieren, so ergebe sich regelmäßig ein Fehlbeitrag in der Telephonhohe. Das Gericht kam jedoch zu der Beurteilung zu einer Geldstrafe, indem es das Vergehen einer Leistung zur Befriedigung des täglichen Bedarfs anahm und die angelegte Risikoprämie für zu hoch erachtete. Bei der prinzipiellen Wichtigkeit der Entscheidung wird die Berufungsinstanz angerufen werden.

Verbesserung der Briefpostbestellung in Berlin. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels empfing als Bescheid auf eine erneute Eingabe betr. Verbesserung in der Postbestellung von der Oberpostdirektion Berlin folgende Mitteilung: „Zum 1. Juli ab sind bei den Postanstalten im Bezirk der früheren Stadtgemeinde Berlin sowie in einem Teil der früheren Vorortgemeinden die Zustellkräfte in erheblichem Umfange vermehrt worden. Hierdurch hat es sich ermöglichen lassen, die erste, um 7½ Uhr vormittags beginnende Briefzustellung überall bis spätestens 10 Uhr vormittags

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 10. Juli.

Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Übermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag: „Haustiere“. 8 Uhr abends: Vortrag des preussischen Ministers des Innern Herrn Severing in Vertretung des preussischen Ministerpräsidenten Herrn Braun anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages der Abstimmung in Ostpreußen im Jahre 1920. 9—10 Uhr abends: Im Volkston: 1. a) O Taler weit, o Höhen (Volkslied), b) Das einsame Röslein, c) Waldnacht, von Abt (Das Kornetquartett der Staatsoper), 2. Aus „Hanne Nüte“, von Fritz Reuter. Zum 50. Todestag des Dichters, 12. 7. 74. (Hans Brandt). 3. a) Schwesterlein, b) Erlaube mir, mein Mädchen, c) Feinscheibchen, du sollst mir nicht barfuß geh'n. Volkslieder, gesungen von Brahm (Friedel Tscheppan). 4. a) Es geht ein Liedlein im Volke, b) Da droben auf jenem Berge, c) Drei Lilien (Carl de Vogt, Volkslieder zur Laute). 5. a) Am Meer, von Schubert, b) Die Kapelle, von Kreutzer, c) Gute Nacht, von Möhring (Das Kornetquartett der Staatsoper), 6. a) Wiegenlied, b) Vorzügliches Ständchen, von Brahm (Friedel Tscheppan). 7. Aus „Onkel Bräsig“, von Fritz Reuter (Hans Brandt). 8. a) Kurz ist der Frühling, b) Bruder Liederlich, c) Laridah, von Hannes Ruch (Carl de Vogt, Lieder zur Laute). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten.

zu beenden. Ferner werden bei diesen Postanstalten werktäglich jetzt wieder vier Briefzustellungen ausgeführt, von denen bei den Postämtern mit überwiegend geschäftlichem Charakter des Zustellbezirks drei in die übliche Geschäftszeit fallen. Eine weitere Verbesserung der Briefzustellungsverhältnisse, insbesondere eine frühzeitigere Beendigung der ersten Briefzustellung ist zurzeit leider nicht möglich.

Lehren des Saisonverkaufs.

Vor dem Kriege stand im Mittelpunkt jedes Detailgeschäfts der Kunde. Seiner Befriedigung galt das ganze Interesse des Inhabers jeden Ladengeschäfts. Die Kriegszeit und die Inflationszeit mit ihrem Warenmangel hat das Bild des Detailgeschäfts vollständig verschoben. Statt des Kunden rückt die Ware in den Mittelpunkt des Verkehrs. Man hat diese Inflationsgedanken auch jetzt nach der Stabilisierung unserer Währung noch nicht überwunden, immer noch gilt der Ware das größere Interesse des Kaufmanns. Kein Wunder, daß die Konsumenten dem Einzelhandel mit sehr großem Mißtrauen gegenübersehen; und wie die Saisonverkäufe gezeigt haben, wird dieses Mißtrauen nicht leicht überwunden werden, wenn die Kaufleute nicht mit den bisherigen Inflationsmethoden vollkommen brechen. Nicht mit Unrecht hat das Publikum die Empfindung, daß der größte Teil der Ware, die in den Saisonverkäufen angeboten wurde, zwar sehr billig war, daß aber die Qualität auch entsprechend minderwertig ist. Das Publikum sagte sich nicht ganz mit Unrecht, wenn es Wästen zu 58 Pf. kaufen kann, so stellen diese 58 Pf. noch nicht einmal den Materialwert und den Herstellungswert der Wäste dar, das kann nur Schund sein, für diesen Schund sind aber die 58 Pf. auch noch zu teuer. Gewiß, es gibt Waren des Kleinverkaufs, bei denen sich der Konsument sagt, wir tragen sie eben so lange wie sie brauchbar sind, kann merken wir sie weg, selbst das Waschgeld ist ja heute teurer als das, was wir für solch einen Gegenstand bezahlen.

Der Standpunkt ist verkehrt. In jedem Bekleidungsgegenstand ist ein Materialwert vorhanden, der aus dem Auslande stammt und der mit denselben bezahlt werden muß. Wenn dieser Materialwert vernichtet wird, muß neues Material aus dem Auslande herangeschafft werden, und das kostet erneut Devisen. Also bei den heutigen Währungsverhältnissen ist es angebracht, daß jeder nur wirksame Qualitätsware kauft, die er längere Zeit gebrauchen kann, selbst wenn er für diese Qualitätsware etwas mehr bezahlt. Nun sind aber die Preise dieser Qualitätswaren kaum heruntergesetzt. Sie sind auch nicht billiger, als sie vor dem Krieg waren. Das weiß das Publikum ganz genau. Wenn also das Detailgeschäft sich beleben soll, so ist es unbedingt notwendig, daß nicht bloß die minderwertigen Waren, sondern auch die Qualitätsware in Preise herabgesetzt wird, d. h. Ware, die auch wirklich für die große Masse brauchbar ist. Gewiß, es kann ja vorkommen, daß jemand, der kein Hemd hat und nicht genügend Geld besitzt, um sich ein gutes Hemd kaufen zu können, ein schlechtes kauft, um überhaupt erst einmal ein Hemd zu haben; das sind aber die Ausnahmefälle. Die Regel wird doch sein, daß der, der sich ein Hemd kauft, gleich ein Hemd solcher Qualität kauft, daß er damit längere Zeit ausreicht.

Nun hat man in Textilkreisen schon Propaganda für eine Verteuerung der Waren zum Herbst gemacht. Man argumentiert folgendermaßen: Der Bedarf an Ware ist sehr groß. Die Fabriken können sehr wenig Ware herstellen, weil sie nicht genügend Geld haben, um die Rohmaterialien einzukaufen zu können und weil sie nicht genügend Geld haben, um alle die Arbeiter, die notwendig wären, um ihre maschinellen Einrichtungen voll ausnützen zu können, zu bezahlen. Das mag richtig sein; es kommt aber gar nicht darauf an, ob der Warenmangel vorhanden ist und die Waren infolgedessen mit höheren Preisen versehen werden, sondern es kommt darauf an, ob das Publikum in der Lage ist, die höheren Preise zu bezahlen. Soweit Erfahrung müßten eigentlich die Kaufleute aus der augenblicklichen Zeit mitgenommen haben; und nach dieser Richtung kann man sagen, daß die Preissteigerungen der Preissteigerungen nicht entziffern werden. Wir haben heute einen Geldmangel, der weit hinter dem des Friedens zurückbleibt. Es wäre unnatürlich, daß bei dieser Lage der Dinge die Preise in die Höhe gehen sollten. Wenn die Kaufleute also ihre Waren höher eiltreiben, so werden sie ihre Waren eben behalten, und wenn sie dann Geld brauchen, so werden sie genötigt sein, wieder mit den Preisen herunterzugehen. Es ist also kaum zu erwarten, daß wir zum Herbst höhere Textilpreise bekommen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf einen Liebhaber aufmerksam machen, auf den wir gerade von ernsthaften Kaufleuten hingewiesen wurden. Das ist die Unwahrscheinlichkeit der Reklame. In einem Metallgeschäft in einem der Hauptverkehrsstraßen Berlins war, um ein Beispiel anzuführen, ein Tablett aufgestellt, auf dem drei Bildgläser standen. An dem Tablett war ein Etikett befestigt, welches den Preis von 350 M. zeigte. Einer Käuferin, die in den Laden ging, um das Tablett mit den drei Gläsern für 350 M. zu erwerben, wurde erklärt, daß ein Glas 350 M. koste.

Ein ähnlicher Fall: Es werden Oberhemden zu sehr billigen Preisen angeboten ohne daß gesagt wird, um welche Größen es sich handelt. In der Annahme, daß diese billigen Oberhemden in allen Größen vorhanden sind, geht der Käufer in das Geschäft und erfährt dort, daß nur bestimmte Größen für diesen Preis zu haben sind. In diesem Falle hätten in der Ankündigung die für den Preis vorhandenen Größen angegeben sein müssen. Doch derartige Methoden nicht dazu geeignet sind, das Vertrauen des Publikums zum Einzelhandel wiederherzustellen, bedarf keiner Frage.

Der Zehnendorfer Mörder ergriffen.

Gestern in den frühen Nachmittagsstunden beobachteten in dem Walde in der Nähe von Storkow Auszügler einen jungen Mann, der ihnen durch sein scheues Wesen auffiel. Da sein Aeußeres mit der Beschreibung des Franz S., der des Raubmordes an dem Förster Grünhoff dringend verdächtig war, übereinstimmte, ergriffen sie ihn und übergaben den jungen Burden der Polizei. Hier wurde er tatsächlich als der gesuchte Schlächterlehrling Franz S. aus Neukölln festgestellt. Er wurde sofort dem zuständigen Amtsgericht zugeführt und hat auch schon ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Kriegerdenkmäler und kein Ende.

Wie Bilje nach warmem Regen schließen die Kriegerdenkmäler aus der Erde. Jeder kleine Ort, ja jedes Dorf muß sein Kriegerdenkmal haben mit der pompösen Aufschrift: Die dankbare Heimat den Gefallenen, oder so. Für die Bildhauer und Gießer ist goldene Zeit gekommen. Man macht, wie man das schon nach 70 Jahren hat, ein Kriegerdenkmal und verfertigt beliebig viele Abzüge von dem Kunstwerk. Spezialwünsche der betreffenden Besteller werden geneigt berücksichtigt. Da kann zum Beispiel auf dem Denkmal der allegorische Held auf dem Pferd sitzen, das sich selbstverständlich stets bäumen und die Rüstern blähen muß, oder der Held wird vom Pferd heruntergenommen und in einfacher Haltung auf das Podest gestellt. Vernünftiger Menschen sind freilich der nicht so unüblichen Ansicht, daß man das Geld für die Denkmäler lieber den Hinterbliebenen der Gefallenen geben sollte, damit nicht gar so viel Geld aus der großen Zeit übrig bleibt. Aber was ein echter Nationalist ist, der läßt solche schollen Vernunftgründe nicht gelten. Er will eine Enthüllung mit Rummel und patriotischem Kodu. Nun soll auch Schmärgendorfer, um einem dringenden Bedürfnis abzuholfen, ein Kriegerdenkmal auf dem Ludauer Platz vor dem Rathaus bekommen. Der Krieger- und Landwehrverein hat die Sache gebührend in die Hand genommen und wollte alles inzienieren. Bald sah er indessen ein, daß seine Kräfte zu dem stolzen Werk nicht ausreichen, und darum ließ er den Ringelbeutel auch bei Mitgliedern des Vereins in Schmärgendorfer herumgehen. Die Sänorrerei brachte denn auch Geld ein, und diese Geldgeber wollen nun ebenfalls in der Denkmalsfrage mitraten und mitwirken. Der Kriegerverein jedoch erklärt, das sei sein Privileg, und die Herrschaften liegen

Wirtschaft

Agrarzölle und ihre Wirkungen.

Der Vorstoß des Bürgertums, der auf eine Wiedereinführung der alten Agrarzölle abzielt, muß bei der Arbeiterchaft die größte Erbitterung auslösen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die angeblich so günstigen Wirkungen der Agrarzölle auf die Produktion für die Haltung des Landbundes in dieser Frage maßgebend sind. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Getreidezöllen ist heute, nachdem nach jahrelanger zollfreier Einfuhr die Verteuerung des Brotgetreides künstlich herbeigeführt werden soll, grundsätzlich keine andere, als schon in den Jahren, als die erbitterten Kämpfe um den Zolltarif von 1902 ausgetragen wurden. Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied. Damals stand die Sozialdemokratie im Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion, die sich zusammengehangen hatte, um mit einer Hochschutzzollpolitik die berechtigten Forderungen der breiten Massen nach besserer Lebenshaltung abzudrosseln. Die Einstellung der Partei war also eine kämpfmäßige, abwehrende. Heute, wo die Sozialdemokratie im Reiche Jahre hindurch an der Gestaltung der Agrarpolitik mitgewirkt hat, wo sie ferner noch immer in den Landesregierungen, insbesondere in Preußen, ein gewichtiges Wort mitzureden hat, ist diese Abwehr ergänzt durch ein positives Agrarprogramm, das in einem parlamentarischen Antrag seinen Ausdruck gefunden hat und dort seines Begründungsbereiches durch den Bürgerblock harret, während die Regierung gleichzeitig ohne Rücksicht auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft die Agrarpolitik des Kaiseriums wieder herzustellen sucht.

Es ist nicht ohne Interesse, wenn man in diesem Zusammenhang die verdienstvollen Arbeiten bürgerlicher Freihändler zur Agrarfrage sich ins Gedächtnis zurückruft. Insbesondere war es Professor Lujo Brentano, der mit großer Leidenschaftlichkeit, aber mit ebenso sachlicher Gründlichkeit die Fabel von der produktionsfördernden Wirkung der Getreidezölle widerlegt hat. So schrieb er in seiner Denkschrift „Die deutschen Getreidezölle“ im Jahre 1910:

„Was aber ist der Zweck dieses Getreidezolls? Er soll den Getreidepreis steigern. In dem Maße, in dem dieser Zweck erreicht wird, steigt die Geldrente, welche der Boden abwirft. Der Minimalpreis des Bodens aber ist gleich der Geldrente, die er abwirft, kapitalisiert mit dem herrschenden Zinsfuß. Entsprechend der gesteigerten Geldrente steigt also der Bodenwert. Der Landwirt, der dann sein Grundeigentum verkauft — und je höher er verschuldet war, desto größer ist für ihn die Versuchung zu verkaufen — hat, wenn er sich vom weiteren Landwirtschaftsbetriebe zurückzieht, vom Getreidezoll allerdings großen Nutzen; er wird von aller Rot befreit und macht noch darüber einen Vermögensgewinn. Allein der Getreidezoll soll ja nicht denen helfen, die sich aus der Landwirtschaft zurückziehen, sondern denen, die dabei bleiben. Und der Nachfolger dessen, der, sei es verkauft, sei es sein Gut übergeben hat, ist allerdings wieder in derselben Lage wie sein Vorgänger für Einführung des Zolls. Er hat den Boden um den Kapitalwert, der durch den Zoll bewirkten Steigerung des Gelbetrags leichter gekauft oder übernommen, und ist bei jedem Sinken der Getreidepreise davon bedroht, den Zins des gesteigerten Bodenpreises nicht herauszuschaffen zu können. Die Folge des Getreidezolls, die Steigerung der Getreidepreise, ist also die Steigerung eben des Teiles der landwirtschaftlichen Produktionskosten, wegen dessen Höhe das Inland mit dem Ausland nicht konkurrieren kann. Da der Getreidezoll das Verhältnis des Bodenertrages zum Bodenwert nicht verändert hat, bleibt der Getreidebau nach wie vor unrentabel. Bleibt der Landwirt, gleichviel ob Käufer oder Erbe, beim Getreidebau, so ist er notwendig alsbald wieder notleidend. Dann erschallt aufs neue der Ruf nach abermaliger Erhöhung des Getreidezolls. Und so geht es fort. Es ist eine Schraube ohne Ende.“

Hier ist also in geradezu klassischer Weise die Nutzlosigkeit der Schutzölle für die landwirtschaftliche Produktion dargelegt. Den größten Nutzen ziehen aus der gesteigerten Bodenrente diejenigen, die sich von der Landwirtschaft zurückziehen. Als wir kürzlich die Schutzollpolitik als eine Politik der Faulheitsprämien bezeichneten, leistete sich die „Deutsche Tageszeitung“ einen Sturm der Entrüstung, den sie sich hätte eripieren können, wenn sie die zwingenden, mit Zahlen belegten Gedankengänge Brentanos gekannt hätte.

So nutzlos, wie sie für die Produktion sind, so verheerend wirken die Getreidezölle auf die Lebenshaltung der breiten Massen, besonders nachdem das System der Einfuhrscheine jetzt wieder aufleben soll. Die Einfuhrscheine waren Besäufnisse der Ausfuhr bestimmter Getreidemengen, die dann bei dem Einkauf der entsprechenden Getreidemengen aus dem Ausland anstatt des Zolls in Zahlung gegeben werden konnten. Sie wirkten als Exportprämie und brachten es dahin, daß selbst in Zeiten günstiger Ernte in Deutschland die Getreidepreise stiegen, wenn die Weltmarktsituation ausnahmte. Die Getreidepreise stiegen infolgedessen mehr als die Kaufkraft der Konsumenten, sie führten also zu einer

Minderung der Lebenshaltung. Das Getreideeinfuhrsystem aber brachte auch unmittelbare Verluste, für die deutsche Handelsbilanz, da mit seiner Hilfe Getreide gerade dann exportiert wurde, als es am Weltmarkt am billigsten war, während es wieder eingeführt werden mußte, nachdem mit fortschreitender Jahreszeit die Getreidevorräte sich als zu knapp erwiesen hatten. So wurde, wie Emil Jedendorf seinerzeit nachgewiesen hat, im Erntejahr 1908/09 Weizen und Weizenmehl zum Durchschnittspreis von 23,49 Goldmark pro Doppelzentner eingeführt, während bei der Ausfuhr von deutschem Weizen nur 21,88 Goldmark pro Doppelzentner erzielt wurden. Die Differenz ist durch den Qualitätsunterschied des inländischen und ausländischen Weizens allein nicht zu erklären.

Welche Belastung erwuchs der arbeitenden Bevölkerung aus den Getreidezöllen. Brentano berechnet für die drei Jahre 1907 bis 1909 die Belastung der breiten Massen auf 922,4 Millionen Mark jährlich. Davon flossen nur 93,9 Millionen Mark in die Kassen des Reiches, das neunfache aber, nämlich 828,6 Millionen Mark ging in die Taschen der Privaten, das sind die Großgrundbesitzer. Jeder Kaufende zahlte an das Reich jährlich 1,83 M., an den Großgrundbesitzer jedoch 18,01 M.

Auf der gleichen Linie wie diese Feststellungen des bürgerlichen Nationalökonom Brentano bewegten sich die Ergebnisse der Forschungen sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler und Finanzkritiker. In geradezu verblüffender Weise hat Karl Kautsky die Wirkungen der Getreidezölle gekennzeichnet.

Schätzt man heute mit Brentano die Belastung allein bei Roggen und Weizen auf 605,7 Millionen Mark, also bei sämtlichen Lebensmitteln auf rund 1 Milliarde Mark, so ist die von der Regierung in Aussicht gestellte Gegenleistung einer Herabsetzung der Umlaufsteuer nahezu bedeutungslos. Nach den Ergebnissen der ersten drei Monate d. J. würde die Reduzierung der Umlaufsteuer um ein Fünftel im Jahre etwa 276 Millionen Goldmark betragen, also etwa ein Viertel der jetzt größtenteils zugunsten von Privater erhobenen Abgaben. Dabei ist Voraussetzung, daß die während der Rentenmarkinflation künstlich gesteigerten Umsätze das ganze Jahr anhalten.

Man erkennt an dieser Gegenüberstellung die letzten Gründe der neuen Agrarpolitik; sie liegen nicht auf wirtschaftlichem, sie liegen vielmehr auf politischem Gebiet. Der deutsche Arbeiter soll zahlen, um die politische Großmacht des Großgrundbesitzes zu stützen, auf Kosten nicht nur der breiten Massen der industriellen Bevölkerung, sondern auch jener Kreise der Kleinbauern und Pächter und der vielen tausend rührigen Hände in Stadt und Land, denen die mit der Schutzollpolitik einsetzende Verteuerung des Grund und Bodens einen wesentlichen Teil des Ertrages ihrer Arbeit abringt.

Vor einem europäischen Stahlstreik!

Wie die „Kölnische Zeitung“ erfährt, ist eine Einigung der belgischen Stahlherzeuger zur Neugründung eines belgischen Stahlwerkersverbandes erzielt worden; wobei weiter angestrebt werden soll, diesen Verband auf den gesamten belgisch-luxemburgischen Zollverein auszuweiten. Daneben schweben unverbundene Verhandlungen über die Gründung eines europäischen Stahlwerkes, wobei die Verhandlungsträger beabsichtigen, außer an England und Frankreich auch an Deutschland heranzutreten, damit die hauptsächlichsten stahlerzeugenden Länder den gegenseitigen Wettbewerb ausschalten und gemeinsam dem überseeischen besser begegnen können.

Kalilieferungen auf Kredit. Das deutsche Kalifondikat teilt mit: Zinsfreier Wechselkredit bis zum 15. November wird durch das Kalifondikat der deutschen Landwirtschaft für die Kalibezüge gewährt, die vor dem 1. September zur prompten Lieferung aufgegeben sind. Der Landwirtschaft soll in Anbetracht ihrer schwierigen Lage und der weitgehenden Betriebsmittelknappheit dadurch, daß sie ihren Dünger für die Herbstbestellung auf einen zinslosen Kredit erhalten kann, die Möglichkeit gegeben werden, die zur Düngung erforderlichen Kalimengen in vollem Umfange zu beziehen und dadurch nicht nur die Ernährung unseres Volkes sicherstellen zu helfen. — Denjenigen Landwirten, die in der Lage sind, ihr Kali bar einzukaufen, wird ein Kalkkonto von 1½ Proz. und ferner

Amlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelnsaaten per 1000 kg. sonst per 100 kg. in Goldmark.		10. 7.		9. 7.	
Weizen, märk.	141-146	135-144	Weizenkleie, tr. Bin.	8,60	8,40
- mitteld.	—	—	Roggenkleie, fr. Bin.	8,75-9,00	8,80
Roggen, märk.	129-137	129-131	Raps,	230	225-230
- pomrn.	—	—	Leinsaat	280-2,0	280-29
- westpr.	—	—	Victor-Erbs.	19,00-20,00	19,00-20,00
Gerste, Futter.	131-138	128-136	Kl Spelzeerbs.	13,0-15,0	13,00-15,00
- Sommerg.	141-15	146-149	Futtererbsen.	12,0-13,0	12,00-13,0
Hafer, märk.	129-137	125-135	Peluschken	12,00-13,00	12,00-13,00
- pomrn.	—	—	Ackerbohnen	12,00-13,00	12,00-13,00
- westpr.	—	—	Wicken	12,0-3,00	2,00-1,00
Mais, loco Bin.	—	—	Lupinen, blau	9,0-10,00	9,00-10,00
Wagg. fr. Hbg.	—	—	Lupinen gelbe	13,0-14,50	13,50-14,50
Weizenmehl	—	—	Serradella	—	—
100 kg. fr. Bin.	—	—	Rapskuchen	9,8-10,60	9,40-9,60
br. Incl. Sack	—	—	Leinöl	18,00-19,00	18,00-19,00
feinst. Mark)	21,25-24,00	21,00-23,75	Tröckschmittz.	7,40-7,0	7,4-7,8
über Notiz)	—	—	vw. Zackschn	16,50-17,00	16,50-17,00
Roggenmehl	—	—	Tortmel 30/70	—	—
per 100 kg. fr.	—	—	Kartoffel-lock.	19,00-6,60	2,00
Bin. br. Incl.	—	—			
Sack	19,00-21,75	18,50-21,75			

eine Vergütung für Verzählung von 2½ Proz. für ganz oder teilweise bar eingezahlte Beträge je Monat vom Kalifondikat vergütet. Nachdem die Kallindustrie und die Reichsbank durch diese Vergünstigungen und Erleichterungen ihrerseits alles getan haben, den für die deutsche Wirtschaft notwendigen Kalibezug zur richtigen Zeit zu ermöglichen, ist es Pflicht der Landwirtschaft, im Interesse der deutschen Landeskultur hiervon schnellstens weitgehenden Gebrauch zu machen.

Der Stidstoffmarkt im Juni. Der inländische Stidstoffmarkt war im Monat Juni der Jahreszeit entsprechend still. Die herein- gekommenen Aufträge wurden prompt ausgeführt. Die Erzeugung war normal. Eine Preisänderung trat im Juni nicht ein. Die Stidstoffpreise für den Sommerbezug werden im Juli festgesetzt werden. Im Auslande war der Jahreszeit entsprechend der Markt für Stidstoffdüngemittel ruhig und nur Chilealpeter wurde zeitweise noch in nennenswerten Mengen abgenommen. Der Markt für dieses Produkt war fest. Für Schwefel- saures Ammoniak blieb die Stimmung gut infolge des vor- teilhaften Preises, und es sind daher schon zahlreiche Verkaufs- abschlüsse für das nächste Frühjahr gemacht.

Die Lederenquete. Die auf Wunsch des Reichswirtschaftsministe- riums vom Reichswirtschaftsrat eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse in der Lederwirtschaft hat am 8., 9. und 10. Juli getagt. Die Kommission hat eine große Zahl von Sach- verständigen aus den verschiedenen Zweigen der Lederwirtschaft von der Urproduktion bis zum Fertigfabrikat sowie der beteiligten Hand- werkskreise kontraktlich vernommen, sie wird über die Er- gebnisse ihrer Untersuchungen einen eingehenden Bericht erstatten. Gegenüber Darlegungen, die gerade in den letzten Tagen über die Preisentwicklung für Häute, Leder und Schuhe in der Öffentlichkeit erschienen sind, hält die Kommission es aber heute schon für nötig, darauf hinzuweisen, daß offenbar in weiten Kreisen starke Fiktionen über die tatsächlichen Verhältnisse verbreitet sind. In Wirk- lichkeit bewegen sich sowohl die Häutepreise wie die Leder- preise nicht unter Friedenspreis, sondern auch die derzeitigen Preise überschreiten entsprechend den Weltmarktpreisen die Friedenspreise, was bei der Beurteilung der Schuhpreise entsprechend berücksichtigt werden muß.

Neuorganisation der westfälischen Montanindustrie. Wie uns aus Essen gemeldet wird, ist der Ruhrkohlenyndikatvertrag von einer Anzahl größerer Bergwerksunternehmungen zum 1. September 1924 gekündigt worden. Man vermutet als Zweck der Kündigung eine Neuorganisation innerhalb der Montanindustrie, die auf die Aufnahme kleinerer Gruppen (Zechen) in größere Ver- bände hinausläuft.

Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 8. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist nach dem Stande vom 1. Juli (112,6) auf 112,0 oder um 0,5 Proz. zurück- gegangen. Von den Hauptgruppen sind die Lebensmittel mit 96,5 (Vormoche 96,4), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln mit 82,2 (82,6) nahezu unverändert, wogegen die Industriestoffe von 143,1 auf 141,0 oder um 1,5 Proz., davon die Gruppe Kohle und Eisen infolge nachträglicher Berücksichtigung der mit Wirkung ab 1. Juli erfolgten Herabsetzung der Roheisenpreise von 136,2 auf 134,0 oder um 1,6 Proz., sanken. Die Inlandswaren gaben von 102,5 auf 102,1 oder um 0,4 Proz., die Einfuhrwaren von 163,2 auf 161,3 oder um 1,2 Proz. nach.

Eine sowjetrussische Agrarbank. In Moskau wurde eine landwirtschaftliche Bank eröffnet, die das Ziel verfolgt, den Bauern weitgehende, billige Kredite zum Wiederaufbau der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Kameradschaft Friedrichshagen: Freitag, den 11. Juli, abends 7½ Uhr, in Schmidt's Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 66a, Ausgabe der Gut- schaine für die Rügen. Alle Kameraden müssen erscheinen. — 13. Kameradschaft (Gruppe Treptow): Mitgliederversammlung im Hotel Stephan, Treptow, Gorch- kowstr. 1, am Freitag, den 11. Juli, abends 7½ Uhr, Erdelinen Pflicht. Alle Republikaner sind willkommen. — Kameradschaft Bantow: Das Eintreten für Sonntag, den 13. Juli, pünktlich früh 7½ Uhr, gilt nur für die Jugend- gruppe. — Kameradschaft Stettin (Stettin, Lichterfelde, Lantwig): Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, bei Bock, Ringstr. 28, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Unserer Verfassungstier“. Republikaner als Gäste willkommen.

Verband sozialistischer Abstinenter. Am Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärskonferenz des Bundes und der Ortsgruppen im Jugend- heim Bismarckstr. 10. Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Kulturorganisationen, 11. Kreis. Wichtige Ausdeuschung am Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, im Bismarckberger Jugendheim, Bismarckstr. 10. Studentenrat der Handels-Hochschule Berlin. Am Dienstag, den 15. d. M., abends 8½ Uhr, spricht in der Aula der Handels-Hochschule vor der Studenten- schaft der Handels-Hochschule Herr Dr. Otto Grautoff über „Das heutige Frankreich“.



HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben. In Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

KARMITRI ORIENT Nr. 9

DIE NEUE

2 1/2 Zigarette



rund Gold
rund 9/10.

in Packchen
zu 10 Stück

Arbeiter-Martyrium in Sowjetrußland.

In Moskau wird unentwegt die soziale Weltrevolution gemacht. Vom Osten erhartet nach wie vor ein Teil des Proletariats, besonders das deutsche, sein Heil. In Rußland, so lautet noch immer die Suggestion, hat das Proletariat, hat der Kleinbauer, die Macht inne, gestaltet der Diktatur und der Bedrückte ein neues Leben, das Freude und Glück verheißt. Auf Moskau schwört die kommunistische Partei Deutschlands, schwört die kommunistische Jugend, nach Moskau blicken sehnsuchtsvoll die Mitläufer der kommunistischen Partei, von dort läßt man sich Kampfpapieren diktieren und rimmt sie blindlings an, mögen sie für die Entwicklung der Arbeiterbewegung noch so schädlich sein.

Wie liegen nun in Wirklichkeit die Dinge in dieser Hochburg des Kommunismus und der menschenbeglückenden III. Internationale? Wie ergeht es dort dem Arbeiter, für deren Befreiung diese Internationale zu kämpfen vorgibt. Man müßte glauben, daß wenigstens das Proletariat Rußlands, in dessen Namen die Sowjetregierung ihr Regiment führt, hinter ihr stehe, daß wenigstens diese Bevölkerungsklasse sich mit der Diktatur der kommunistischen Partei ausgesöhnt habe. Sieht man sich aber die Tatsachen näher an, so erhält man ein Bild, das jeder Beschreibung spottet, ein Bild, das alles, was das Jarenregime getan hat, weit in den Schatten stellt. In allen Ecken und Enden Rußlands lodern Flämmchen und Flammen der Volksempörung empor. Das Feuer wird auf kurze Zeit mit Blut gelöscht. Blut aber ist nicht Wasser, — statt zu löschen, zündet es immer von neuem und immer weitere Brandherde entstehen.

Ausländische Telegraphenagenturen haben bereits vor einiger Zeit über die sich von Tag zu Tag häufenden Arbeiterstreiks berichtet. Die Zentralgewalt hat in ihrer Bestürzung in besonderen Beratungen die Ursachen und die Mittel zur Bekämpfung dieser Streiks festgelegt. Den Tschekas wurde anbefohlen, besondere Kommissionen zur erfolgreichen Bekämpfung ins Leben zu rufen. Aus sicheren Truppenteilen schuf man spezielle Militärformationen, deren Aufgabe es ist, in den Industrieregionen der Tscheka zur Seite zu stehen. Unzuverlässige Truppenteile hat man aus den Hauptstädten in die Provinz verlegt. Die Gärung in der Roten Armee, die nicht selten auf die Arbeiter zu schießen sich weigern, begegnete man durch zahlreiche Verhaftung. Den Studenten wurde verboten, sich in Industriezentren niederzulassen. Den verantwortlichen Sowjetbeamten ist der Urlaub verweigert worden.

Erinnert dieses Bild schon rein äußerlich an die Zeiten des weitaus Jaren, so sind auch die Gebiete, die das Sorgenkind der Sowjetregierung bilden, die gleichen, wie früher. Laut offiziellen Berichten des Obersten Wirtschaftsrats an das Zentralkomitee der russisch-kommunistischen Partei streikten zum 25. April d. J. in dem Petersburger Raion 62, in Swanow-Bosnieffens 13, im Industrieregion von Kostroma 6, von Wladimir 16, auf dem Ural 21, auf dem Don 6, auf der Ukraine 71, an der Wolga 29,80 Proz. aller staatlicher Betriebe. Die Ursachen sind mannigfaltiger Natur. In erster Linie aber handelt es sich stets um die Verzögerung in den Auszahlungen von Löhnen durch den Staat. So ist z. B. auf

der Textilfabrik von Protopopoffen Arbeitern für März, April und Mai der Lohn nicht ausbezahlt worden. Die dadurch hervorgerufenen Arbeiterunruhen haben zu blutigen Zusammenstößen geführt, den 14 Verwundete und 3 Tote zum Opfer gefallen sind. Das gleiche wird aus Woroneß gemeldet; hier stellten die städtischen Arbeiter sogar politische Forderungen auf. In den Bergwerken des Don-Bekens sind drei Gesamtbetriebsräte unter Anklage gestellt, die Bergarbeiter zu Streiks aufgefordert haben. Vom Ural werden Streiks gemeldet, deren Ursache in einer nur 25 Proz. Auszahlung von Arbeitslöhnen lag. Verhaftung, Ver-



Merkwürdig! Wieviele Wohltätigkeitsbälle haben wir im Winter mitgemacht — und noch immer wird gebettelt!

bannung, Erschießung sind überall auf der Tagesordnung. So sorgt das Wüsterden Sowjetstaat für seine Arbeiter in den staatlichen Betrieben.

Noch schlimmer wütet aber die Sowjetregierung gegen die Arbeitslosen, für die die Kommunisten in Deutschland bekanntlich ein so warmes Herz haben. Die Arbeitslosigkeit in Rußland nimmt täglich zu. So hat die Zahl der Arbeitslosen in Petersburg der „Pravda“ gemäß im Mai 148 000, gegen 127 000 im Januar betragen. Die Unterstützung, die man ihnen gewährt, ist dagegen völlig ungenügend. Auf dem Ural erhalten bei 65 000 Arbeitslosen nur 7 Proz. derselben Unterstützung. Wie groß die Not der Arbeiter ist, erhellt aus einem offiziellen Bericht des Vertreters der Metallarbeiter in Jekaterinostaw. Es hieß darin: die Frauen geben sich der Prostitution hin, Diebstähle und Banditismus sind an der Tagesordnung, die Selbstmorde häufen sich. Der Staat aber hat kein Geld für die Arbeitslosen, weil er es für die Propagierung der Weltrevolution verschleudern muß. Dagegen wendet er gegen diese Not Mittel an, zu denen sich kein kapitalistischer Staat erdreisten würde. Die Arbeitslosen werden zwangsweise aus ihren Wohnorten ausgewiesen, ihre Hilfsorganisationen werden aufgelöst, man versteigt sich sogar dazu, wie es beim Präsidium des Moskauer Sowjets der Fall war, die

Anweisung zu erteilen, nur den Arbeitslosen Unterstützung angedeihen zu lassen, die entsprechende Ausweise von den kommunistischen Zellen vorzulegen imstande wären. Die Folge davon sind Demonstrationen von Arbeitslosen, die blutige Opfer von beiden Seiten kostete. So haben die Bergarbeiter in Jusowka die Räume der kommunistischen Partei zertrümmert, weil man ihre Unterstützungskasse vernichtet hatte. In Odessa sind von 16 Arbeitslosen, die sich wegen bewaffneten Widerstandes, bei denen ein Tschekist ums Leben gekommen ist, zu verantworten hatten, sieben zum Tode verurteilt worden. Vom Saratowschen Gericht sind aus der Zahl von 39 Arbeitern, die wegen Tötung von drei Sowjetbeamten auf der Anklagebank saßen, acht mit der Todesstrafe bedacht worden. Ferner wird von der Erschießung dreier Arbeiter aus dem Industriezentrum Dcherowo-Sujewo gemeldet, von der Erschießung von 6 Lokomotivführern und 15 Eisenbahnern aus Chabarows auf der Amurschen Eisenbahn, von blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Rotarmisten in Chartow, wobei ein Arbeiter erschossen und 17 verwundet wurden, von der Weigerung der Rotarmisten auf Frauen und Kinder demonstrierender Arbeitsloser in Kostow am Doi zu schießen. So erhalten die Arbeiter als Nahrung blaue Bohnen.

Es erübrigt sich, noch mehr Beispiele zu bringen, das Besagte genügt. Daß unter diesen Umständen die Erbitterung der Arbeitslosen von Tag zu Tag wächst und die Kommunisten ihres Lebens oft nicht mehr sicher sind, ist ebenso begreiflich, wie der Umstand, daß die Sowjetregierung vor den brutalsten Mitteln im Kampfe gegen die Arbeitslosen nicht zurückschreckt. Die Angsthypnose der Tscheka läßt jedoch nicht mehr die Wirkung aus, wie früher. Der Arbeiter beginnt die ihm innewohnende Macht zu spüren. Es kommt bereits zu Demonstrationen. In einer solchen Demonstration gestaltete sich das Gekette, das die Petersburger Arbeiter ihren 59 Kollegen in Petersburg gaben, die misamt ihren Familien in die Verbannung geschickt wurden. Als ein anderes Mal wieder Eisenbahner nach dem hohen Norden verbannt werden sollten, verließen ihre Arbeitskollegen sie mit Lebensmitteln und Kleidern und schmückte die Eisenbahnwagen mit Kränzen. Die Sowjetregierung war trotz der zahlreichen Verhaftungen von Arbeitern am Vorabend des 1. Mai machtlos, feindliche Demonstrationen an diesem Tage zu verhindern, so wiesen Moskau und Petersburg den offiziellen Maidemonstrationen parallellaufende wahrhafte revolutionäre Arbeiterdemonstrationen auf.

Die Beteiligung der Arbeitslosen im aktiven Kampfe gegen die Sowjetregierung nimmt jedoch noch heftigere Formen an. Waren es früher nur die Bauern, die in aufständischen Bänden gegen die Sowjetregierung operierten, so sind es jetzt in sehr vielen Fällen Arbeitslose, die Erbitterung und Not in die Reihen der Aufständischen treibt. So hat die Tscheka vor kurzem in Ekaterinostaw eine Organisation entdeckt, die die Arbeiter mit Geld unterstützte. Darauf wurden 186 Arbeiter verhaftet. In Batu sind vor nicht allzulanger Zeit acht Matrosen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer „konterrevolutionären“ Organisation erschossen worden. Das gleiche Schicksal ereilte zwei Matrosen der kaspiischen Flotte, die als Kadersführer in der Weigerung Verstärkungsgruppen gegen Aufständische nach Turkestan zu schaffen, figurierten. In Ohrenburg haben 18 Arbeiter,

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf soweit Vorrat

Wurstwaren	Gemüse
Leberwurst..... Pfund 48 Pf.	Neue Kartoffeln ^{grosse} 5 Pf. 40 Pf.
Rotwurst Pfund 48 Pf.	Neuer Weisskohl..... Pf. 8 Pf.
Bauernmettw. ^{grob} Pfund 98 Pf.	Möhren 3 Bund 10 Pf.
Mettwurst ^{Brannschweiger Art} Pfund 1 00	Schoten 3 Pfund 20 Pf.
Jagdwurst..... Pfund 1 10	Kohlrabi Mandel 12 Pf.
ff. Leberwurst .. Pfund 1 15	Schmorgurken .. Pf. 18 Pf.
Teewurst Pfund 1 30	Tomaten Pfund 15 Pf.

Frisches Fleisch

Hammel-Vorderfleisch	Pfd. 65 Pf.
Hammelkeule Pfund 75 Pf.
Schweinebauch mit Bellage	Pfund 65 Pf.
Schinken u. Blatt mit Bellage	Pfund 75 Pf.
Kalbskamm Pfund 65 Pf.
Kalbskeule Pfund 80 Pf.
Schweineköpfe gepökelt	Pfund 26 Pf.

Gefrierfleisch

Ochsenkamm gefroren Pfund 44 Pf.
Querrippe gefroren Pfund 48 Pf.
Brust- u. Fehlrippe gefroren	Pf. 50 Pf.

Kolonialwaren

Bandnudeln Pfund 17 Pf.
Tafelreis Pfund 18 Pf.
Weizengriess Pfund 19 Pf.
Kartoffelmehl Pfund 20 Pf.
Makkaroni Pfund 35 Pf.
Backobst ^{Kalifornisches} Pfund 52 Pf.
Puddingpulver ^{in verschid. Sorten}	Pf. 8 Pf.

Fische u. Ränderw.

Kabliau ^{ohne Kopf im ganzen} Pfund 18 Pf.
Neue Heringe ^{Schell. St.}	4 Pf.
Matjesheringe ^{engl. 2 St.}	15 Pf.
Flundern ^{geräuchert}	Pfd. 30 Pf.
Seelachs ^{geräuchert}	Pfd. 35 Pf.
Fettbücklinge ^{engl.}	Pfund 45 Pf.

Diverse Zwei-frucht-Marmeladen ^{ca. 3 Pf. - Kimer} 1 20

Kakao in Paketen, stark entölt Pfund 70 Pf.

Amerik. Würstchen Dose	25 Pf.	Romatour in Stanniol..... Stück	30 Pf.	Limburger Pfund 58 Pf.	Oelsardinen Klubdose 38 Pf.
Sülze in Weingölde	ca. 2 Pf. - Dose 75 Pf.	Quadratkäse Pfund 35 Pf.	Tilsiter Pfund 60 Pf.	Corned beef Dose 45 Pf.
Rindergulasch ca. 3 Pfund - Dose	75 Pf.	Briekäse Pfund 55 Pf.	Steinbuscher Pfund 90 Pf.	Ausl. Speck ^{geräuchert} Pfund 80 Pf.

Sonder-Angebot!		1922 ^{er} Zeller Schwarzer Herrgott		1921 ^{er} Alsterwellerer Letten Naturwein		Roter Johannisbeerwein ^{stark, vorzügliche Qualität}	
Vorzügl. 1922 ^{er} Tischweine	Bockheimer Riesling / Bayerfelder Schlossberg	1/2 Fl. 10 Fl.	1 40 12 50	1/2 Fl. 10 Fl.	2 25 21 00	1/2 Fl. 10 Fl.	1 00 9 50
1/2 Flasche	1 40	10 Flaschen	12 50	1/2 Fl. 10 Fl.	1 75 16 00	1/2 Fl. bei 10 Fl. bei 25 Fl.	55, 52, 50 Pf.

Die Weinpreise verstehen sich ausschliesslich Flasche und Steuer!

Fortsetzung des Saison-Ausverkaufs

Bis zur Hälfte herabgesetzt • Grosse Reste und Coupons ohne Rücksicht auf die früheren Preislagen

tragdem ihnen die Todesstrafe drohte, vor Gericht erklärt, sie bedauern, so wenig im Kampfe gegen die Sowjetdiktatur geleistet zu haben. Solche Reden wurden früher von Arbeitern vor den zarischen Richtern gehalten.

Wie es in der Verbanung und in Gefängnissen auszuweisen mag, beweist eine Gerichtsverhandlung in Perm. Da wurden zwei Arbeiter zum Tode verurteilt, weil sie das Konzentrationslager eigenmächtig verlassen hatten: wie sie erklärten, aus Hunger und aus Furcht vor Antrathusepidemien.

So sieht es in Wirklichkeit in Sowjetrußland aus. So ist das Martyrium des russischen Arbeiters. Es sind Tausende, die man zwar leugnet, die man jedoch nicht ungeschehen machen kann. Eine Regierung, die derartige Greuel zuläßt, ist keine Arbeiterregierung. Eine Internationale, die diese Greuel deckt, ist keine Arbeiter-Internationale. Es ist an der Zeit, daß dem deutschen Arbeiter, der immer noch nach Rußland blickt, endlich die Augen aufgehen so, wie sie dem russischen Arbeiter bereits aufgegangen sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Vbt. Charlottenburg. Sonnabend, den 12. Juli, in der Zeit von 8 bis 7 Uhr im Jagdschlößchen Schöneberg. 4. vom 1. Treppchen, Spruch- und Rosenkranz der Partei Schützengilde. Rede von H. Schulze in allen Schützengilden.

Heute, Freitag, den 11. Juli:

1. Vbt. 7 1/2 Uhr Sitzung aller Funktionäre beim Gen. Sekretär, Köpcke 1. 21. Vbt. Kommunale Kommission: 8 Uhr Sitzung bei Frau Ullricher Str. 11. Tagesordnung: „Aufbau der Kommission“. Referent Genosse Drems. 28. Vbt. Bildungs-Kommission: 8 Uhr wichtige Sitzung bei Schiller, Friedrichsberg Str. 22.

21. Vbt. Neukölln. Bezirksversammlungsabend bei dem Genossen, Rosengartenstr. 4, ebenfalls um 1/2 8 Uhr. Eintritt beim Genossen Max Kluge, Wilhelmsstr. 17.

Morgen, Sonnabend, den 12. Juli:

117. Vbt. Richtenberg. 7 1/2 Uhr Kader beim Genossen Reumann, Leopoldstr. 17, anlässlich des 50-jährigen Parteijubiläum des Genossen Höhnle eine kleine Feier hat, wozu die Genossen mit ihren Frauen eingeladen sind.

8. Vbt. Treffpunkt zur Elternfahrt nach Wühlberge (Hilfen Freund) Sonntag früh 6 Uhr Hofbahnhof Wühlberge. 16. Vbt. Treffpunkt zur Familienpartie Sonntag früh 7 Uhr bei Krüger, Duffenstr. 34.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

54. Vbt. Charlottenburg. Genossin Frieda Schmidt, Seimhölzerstr. 32, ist verstorben. Einsegnung am Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr im Krematorium Wilmersdorf. Treffpunkt 3 Uhr vor dem Krematorium. 81. Vbt. Neukölln. Genossin Klara Bohrer ist verstorben. Beerdigung fand in Wühlberge statt. Einsegnung am Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr im Krematorium Wilmersdorf. Die Einsegnung findet am Montag statt.

Jugendveranstaltungen.

Nachrichten zum Ferienaufenthalt (für die Zeit nach dem 20. Juli) im Sandheim in Brandenburg werden noch im Jugendsekretariat, Lindenstr. 2, Hof, 2. Et., Zimmer 11, entgegengenommen.

Wahlung, Abteilungsveränderung Die August-Programme sind dem Jugendsekretariat umgehend anzuhändigen.

Heute, Freitag, den 11. Juli:

Vorbereitung Jugendheim Lohse, Köpcke 11. Disziplinabend: Rechte Nummer der „Arbeiter-Jugend“. - Reichsbühnenabend: Jugendheim 1. Co.

weihnachtliche, Wankenburg Str. 48-70, Vortrag: „Selbst Selbste“. - Neukölln II: Abendversammlung. Treffpunkt abends 7 1/2 Uhr Hof, Rosengartenstr. - Neukölln III: Jugendheim Georgenkirchstr. 2. Disziplinabend: „Wir und die SPD“. - Neukölln IV: Jugendheim Döberitz Str. 25. Vortrag: „Aufbau der Parteiorganisation“. 2. Teil. - Neukölln V: Jugendheim Wilmersdorf, Wilmersdorfstr. abends 7 Uhr. - Offen (Stralauer Viertel): Jugendheim Schönebergstr. 3. Vortrag: „Genossin Klara“. - Schöneberg (Rosenfelder Viertel): Jugendheim Wilmersdorfstr. 15. Vortrag: „Entstehung der Erde“, 2. Teil.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Donnerstag, den 10. Juli:

1. Rennen. 1. Blümling (Rahmeyer), 2. Jünger (Ludwig), 3. Karl Herberich (Kaiser). Toto: 277:10. Platz: 11, 16, 20:10. Ferner liefen: Neife, Pola, Chamberlain, Fuchs, Volke, Nibene P. 2. Rennen. 1. Tuba (Hilber), 2. Treue Nacht (Bismarck), 3. Staatsfest (Hilber). Toto: 99:10. Platz: 23, 15, 32:10. Ferner liefen: Kitta, Zauberschne, Terrena, Jife, Burgunder, Golo, Perma, Urgelante, Kammanka, Nebel. 3. Rennen. 1. Catania (Frankle), 2. Dinar (Sachsch), 3. Robespierre (Kraus). Toto: 175:10. Platz: 64, 20, 18:10. Ferner liefen: Märkischer Arbeiter, Senis, Kamholz, Gorois, Fichte, Comana, Dauschka, Roma, Koberline. 4. Rennen. 1. Morlan (Eber), 2. Elert (Ruf), 3. Diane II (Bismarck). Toto: 39:10. Platz: 10, 10, 10:10. Ferner liefen: Ringwald, Aduna, Gndichte, Freine. 5. Rennen. 1. Dabahl (Hemph), 2. Chartrufe II (C. Schmidt), 3. Talross (Kaiser). Toto: 32:10. Platz: 17, 14:10. Ferner liefen: Bennenbüchel, Rademitt. 6. Rennen. 1. Gelb (Bismarck), 2. Blau (Dorf), 3. Felicia (Walter Kraus). Toto: 18:10. Platz: 12, 23, 18:10. Ferner liefen: Siege, Alstersee, Mirabel, Ikonie II, Morgenstunde, Torna Vairo, Macbeth, Gedalmb, Spötenler. 7. Rennen. 1. Gelade (Ludwig), 2. Staffei (Elaubinger), 3. Karaita (Koch). Toto: 29:10. Platz: 14, 34, 16:10. Ferner liefen: Nobel, Lor di Danilo, Samira, Tasse, Tischerlein, Niederwald, Jeta Morgum, Malania, Rechterin, Vortel.

Theater Lichtspiele. 7 1/2 Uhr: D. Kreuzschreiber. 8 1/2 Uhr: Ein Mann und ein Hund. 9 1/2 Uhr: Die Frau im Spiegel. Staats-Theater. Opernhaus am Köpenigsplatz. Täglich 7 1/2 Uhr: Polenta. Deutsch-Theater. Sommerspielzeit. Täglich 8 Uhr: Muckelbrot u. Max Lande. Clubleute. Regie: Max Lande. Kammeroper. Sommerspielzeit. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Freundin seiner Exzellenz. Regie: Walter F. Malsbender. Gr. Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Der Vogelbändler. Th. Admiralsplatz. 11 Monate. Täglich 8 Uhr: Die große Revue. Draoter und drüber. Metropol-Theater. Der Weitschäler. Täglich 8 Uhr: Die Maschottchen. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Liebe Oles Limburg. Rose-Theater. Die blonden Mädchen vom Lindenhof. Täglich 8 Uhr: Durch Dick u. Dünn. Theater u. Kollmann. Täglich 8 Uhr: Entschänder. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Lieblingstochter des Maharadscha. Reichshallen-Theater. Täglich 8 Uhr: Steffner Sängerkorps. Deutschland erwache! Zum Schluss: Ein Musikantenraum. Dönhoff-Brettel. Ant. 7 1/2, Sonntag 8 1/2. Gr. Varieté-Programm. Dezimalwagen. Tafelwag, Gewichte, Maßstab, Maßstab, Maßstab. Georg Wagner. Köpenicker Str. 71. Hecht. Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten. Lindenstr. 81. Bleidraht.

ULAP am Lehrter Bahnhof
Vergütungspark
verschenkt vom 11. bis 14. Juli
20 Geschenke 20
1 fabrikneues A111-4-Sitz-Phaeton m. Limousine-Zuf. 1 S.-B.-Automobil (Kleinkraftwagen)
Eine elegante 3-Zimmer-Einrichtung (Emmiers Speisezimmer, Schlafzimmer, Küche) Möbelfabrik
1 Standuhr (Wunderhaus Werke), 1 Salontisch, 3 Sprechmaschinen und
10 Fahrräder
Heute Freitag: **Ausnahmetag**
Jeder Besucher eine Attraktion frei!
Eintritt 75 Pf. Beginn 4 Uhr
Sonnabend: **Wohltätigkeits-Doppel-Konzert**

Saison-Ausverkauf

in allen Abteilungen
(außer Beleuchtungsbörse)

Preise zum Teil um 20-66 2/3% herabgesetzt

Beginn: Dienstag, den 1. Juli

P. RADDATZ & CO

Leipziger Straße 122-123.

Gr. Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber. Ber Vogelbändler. Th. Admiralsplatz. 11 Monate. Täglich 8 Uhr: Die große Revue. Draoter und drüber. Metropol-Theater. Der Weitschäler. Täglich 8 Uhr: Die Maschottchen. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Liebe Oles Limburg. Rose-Theater. Die blonden Mädchen vom Lindenhof. Täglich 8 Uhr: Durch Dick u. Dünn. Theater u. Kollmann. Täglich 8 Uhr: Entschänder. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Lieblingstochter des Maharadscha. Reichshallen-Theater. Täglich 8 Uhr: Steffner Sängerkorps. Deutschland erwache! Zum Schluss: Ein Musikantenraum. Dönhoff-Brettel. Ant. 7 1/2, Sonntag 8 1/2. Gr. Varieté-Programm. Dezimalwagen. Tafelwag, Gewichte, Maßstab, Maßstab, Maßstab. Georg Wagner. Köpenicker Str. 71. Hecht. Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten. Lindenstr. 81. Bleidraht.

LUNAPARK

Heute Freitag
Boxkämpfe
(9 1/2 Uhr)
Curt Prenzel
Exhibition - Kampf
Groves-Hammer-Griese
Harter Kampf 4 Runden
Naujoks gegen Jones
Schwerer Kampf 4 Runden
Eintritt einzeln, Bekämpfe 1 Mark.
Für reserv. Sitze vor d. Boxpudum werden Vorbestellungen erbeten.

Darmstädter u. Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bilanz per 31. Dezember 1923.

Aktiva	Million Mark
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing-) Banken	20 333 304,000000
Wechsel und unverzinsliche Schecks	3 691 129,000000
Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen	77 577 236,000000
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	4 861 151,000000
Vorschüsse auf Waren- und Warenverschaffungen	16 995 699,000000
Eigene Wertpapiere	1 000 000,000000
Konkursbeiträge	1 000 000,000000
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	7 000 000,000000
Debitoren in laufender Rechnung	96 249 963,000000
Bankgebäude	1 000 000,000000
Summa der Aktiva	221 708 411,000000

Passiva	Million Mark
Aktien-Kapital	100 000 000,000000
Reserven	207 515 490,000000
Kreditlinien	235 000,000000
Akziepte	2 550 974,000000
Sonstige Passiva	11 350 014,000000
Saldo des Gewinn- und Verlustkontos	11 350 014,000000
Summa der Passiva	221 708 411,000000

Verkäufe

Ringsperlen, Ringe, Schmuck, Silber, Gold, etc.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Reizvoll, preiswert, modern.

Entschänder. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Lieblingstochter des Maharadscha. Reichshallen-Theater. Täglich 8 Uhr: Steffner Sängerkorps. Deutschland erwache! Zum Schluss: Ein Musikantenraum. Dönhoff-Brettel. Ant. 7 1/2, Sonntag 8 1/2. Gr. Varieté-Programm. Dezimalwagen. Tafelwag, Gewichte, Maßstab, Maßstab, Maßstab. Georg Wagner. Köpenicker Str. 71. Hecht. Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten. Lindenstr. 81. Bleidraht.

Saalbau Friedrichshain

Sonntag, 13. Juli:
Doppel-Konzert
Ges.-Verein Namenlos und Neues Sinfonie-Orchester ca. 300 Mitwirkende
Kino/Tanz etc.
Mittwoch, 16. Juli:
Kinderfest à la Zoo
300 Gegenstände werden verschenkt
Eintritt 20 Pf., Kinder 20 Pf., inkl. Show
Kaffeeküche ab 2 U. geöffnet

Was trinken wir?

Kühle Limonaden, selbstbereitet aus Reichels Limonaden-Strup-Extrakten
Himbeer, Kirsche, Citronen, Orangen-Aroma etc. Köstlicher Fruchtgeschmack. Der Kinder liebster Getränk. Vorzüglich auch als Speisebeigabe. Eine Flasche ergibt 3 1/2 Pfd. Limonadensirup M. 0,75, 1/2 Flasche M. 0,45. In Drogerien u. Apoth. erhältlich, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4. Man nehme nur Marke Liechther, die Qualität verbürgt.

Musikinstrumente

Flauto, Violoncello, Klarinetten, etc.

Fahrräder

Fahrräder, Motorräder, etc.

Kaufgesuche

Fahrräder, Motorräder, etc.

Verschiedenes

Werkzeuge, etc.

Arbeitsmarkt

Stellungsangebote

Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O., Rigaer Str. 71

Günstiges Angebot in kompletten Wohnungs-Einrichtungen

1 eich. Schlafzimmer komplett, sowie 1 Anrichteküche	600	1 eich. Schlafzimmer 1 eich. Speisezimmer 1 Anrichteküche	1100	1 eich. Schlafzimmer 1 eich. Speisezimmer 1 Herrenzimmer 1 Anrichteküche	1600
--	-----	---	------	--	------

Besuch lohnend. Geschäftsfreit von 8-7 Uhr.